

100 Prozent sozial!

DIE LINKE.Brandenburg – Programm zur Landtagswahl 2014

Entwurf zur Diskussion

Inhalt:

14	Brandenburg 2014: Sozialer, demokratischer, moderner lebenswerter	2
15	Gute Arbeit, gute Wirtschaft, gute Löhne: Den Strukturwandel mit sozialem und ökologischem	
16	Anspruch gestalten.....	4
17	Gute Bildung und Lebenschancen für alle von Anfang an.	12
18	Mehr Lebensqualität.....	17
19	Selbstbestimmt leben in Brandenburg - Starke Kommunen, demokratische Teilhabe und starker	
20	Rechtsstaat in einem toleranten Land.....	28
21	Interessen und Verantwortung Brandenburgs im Bund und in Europa	35
22	Finanzen. Zukunftsfähiger öffentlicher Dienst.	35
23	//Dialog-Aufruf//	41

25 **Brandenburg 2014:** 26 **Sozialer, demokratischer, moderner lebenswerter**

27 Vor fünf Jahren zogen wir mit einem Versprechen in die Landtagswahl: „DIE LINKE hat klare, sozial
28 gerechte und finanzierbare Alternativen zur Politik der Großen Koalition“. Seither haben wir in
29 Regierungsverantwortung belegt: Alternativen sind machbar!

30 Die Große Koalition hatte in Bund und Land den Sozialstaat weiter geschliffen, eine Schwemme
31 prekärer Beschäftigung zugelassen, den Öffentlichen Dienst an den Rand der Handlungsfähigkeit
32 gebracht, hunderte Schulen geschlossen, die Kommunen geschröpft und die Energiewende verschlafen.

33 Seit unserem Eintritt in die Landesregierung 2009 ist es uns gelungen, erste nachhaltige
34 Weichenstellungen für unser Land vorzunehmen, die Brandenburg sozialer und solidarischer,
35 ökologischer und demokratischer machen. Wir haben die soziale Frage ins Zentrum der Landespolitik
36 gerückt - bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bei der Fördermittelpolitik für die Wirtschaft, bei
37 Bildungschancen für alle von der Kita bis zur Schule - vom Kita-Betreuungsschlüssel bis zum Schüler-
38 Bafög, von der Krankenhausfinanzierung bis zur "Gemeindegewerkschaft Agnes", von der Stärkung der
39 Sozialgerichte bis hin zur Kriminalitäts-Prävention durch Resozialisierung. Wir haben die Kommunen
40 finanziell so stabil ausgestattet wie noch nie - und das alles mit einer Haushaltspolitik, in deren Ergebnis
41 Brandenburg seit 2010 keine neuen Schulden mehr aufgenommen, zugleich aber die Finanzierung der
42 sozialen Schwerpunkte gesichert hat.

43 Der Öffentliche Dienst wird modernisiert und verjüngt werden; die Ausbildung in der Landesverwaltung,
44 bei der Polizei, in der Justiz und bei den Lehrerinnen und Lehrern deutlich verstärkt. Allein 2400 junge
45 und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer erreichten in den vergangenen fünf Jahren die Schulen -
46 so viele, wie noch nie.

47 Wir geben dem Strukturwandel in Brandenburg Impulse in Richtung eines sozial-ökologischen Umbaus.
48 Mit der Energiestrategie 2030 setzen wir auf den Durchbruch von Erneuerbaren Energien und
49 Klimaschutz. Unser Ziel bleibt, dass spätestens ab 2040 keine Braunkohle mehr verstromt wird. Wir
50 werden eine energiewirtschaftliche Entwicklung vorantreiben, die Neuaufschlüsse von Tagebauen und
51 den Bau von neuen Kohlekraftwerken unnötig macht. Und mit unserer Nachhaltigkeitsstrategie sorgen
52 wir dafür, dass Nachhaltigkeit stärker ein Grundprinzip brandenburgischer Politik wird.

53 Wir haben die Beteiligungsmöglichkeiten bei der Volksgesetzgebung verbessert und das Wahlalter 16
54 eingeführt. Erstmals war in Brandenburg ein Volksbegehren erfolgreich und die rot-rote Koalition hat
55 sich dessen Anliegen - bessere Nachtruhe-Bedingungen am Flughafen BER - zu Eigen gemacht.

56 Brandenburg ist ein dynamisches und widersprüchliches Land, es hat sich verändert und wird sich
57 weiter verändern. Wir wollen diesen Wandel mitgestalten. Die Entwicklung in den verschiedenen
58 Regionen verläuft dabei nach wie vor unterschiedlich. Es zeigt sich: In den einzelnen Regionen braucht
59 es jeweils spezifische, tragfähige und passgenaue, durch die gesellschaftlichen Akteure mit gestaltete
60 Strategien für die neu entstehenden Lebenswelten.

61 Brandenburg ist ein Land im Wandel - vor allem deswegen, weil die Bürgerinnen und Bürger mehr und
62 mehr ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Sie erobern sich neue Lebenswelten und
63 gestalten sie aus - oder auch alte um. Dabei entstehen vielfältige, auch widerstreitende Interessen. Wir
64 wollen dabei ein guter Partner bei Abwägung und Entscheidungsfindung im Sinne des Gemeinwohls
65 sein. Niemand darf aus sozialen Gründen ausgeschlossen sein oder sich ausgeschlossen fühlen. Wir
66 wollen die Landespolitik weit für Beteiligung und Teilhabe öffnen.

67 Nicht alles, was sich ändern muss, kann durch Beschlüsse des Landtages geregelt werden. Solidarität,
68 beweist sich vor allem als Wert im Alltag und im gesellschaftlichen Miteinander. Ein gutes Leben für
69 Frauen, anständige Rahmenbedingungen, gerechte Bezahlung: das kann man durch
70 Landesgleichstellungsgesetze fördern, entschieden jedoch wird darüber genauso in Unternehmen, bei

71 Tarifverhandlungen, in den Kommunen.

72 Wir wollen ein Brandenburg mit:

73 → Guter Arbeit, guten Löhnen, guter Wirtschaft

74 → Mehr Lebensqualität

75 → Guter Bildung und Lebenschancen für alle von Anfang an

76 → Demokratischer Teilhabe und starkem Rechtsstaat in einem toleranten Land

77 → Zukunftsorientierter Energiepolitik

78

79 Dafür unterbreiten wir hier unser Vorschläge und Vorhaben für die Jahre 2014 bis 2019.

80

81 **Gute Arbeit, gute Wirtschaft, gute Löhne: Den Strukturwandel mit** 82 **sozialem und ökologischem Anspruch gestalten**

83

84 In der heutigen Gesellschaft bestimmt faktisch die Erwerbsarbeit über das Maß an gesellschaftlicher
85 Teilhabe. Obwohl menschliche Arbeit weitaus mehr umfasst, ist die Erwerbsarbeit Hauptquelle des
86 materiellen Wohlstands. Sie gehört zu einem sinnerfüllten Leben und prägt den sozialen Status. Zu den
87 Prinzipien einer gerechten und solidarischen Gesellschaft zählen in diesem Zusammenhang die
88 Vergütung nach Leistung, die Chancengleichheit im Berufsleben und die besondere Unterstützung
89 derer, die zur Wahrnehmung von Chancengleichheit physische, mentale oder soziale Barrieren
90 überwinden müssen. Zum erfüllten Arbeitsleben gehören die demokratische Mitbestimmung im Betrieb
91 und die gesellschaftliche Würdigung guter Arbeit.

92 Gerechte Bezahlung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sind Forderungen, die in der Mitte der
93 Gesellschaft beginnen, und nicht erst an den prekären Rändern des Erwerbslebens. In Brandenburg sind
94 die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte im vergangenen Jahrzehnt zwar um 13 Prozent
95 gewachsen, die Verbraucherpreise jedoch um 16 Prozent. Faktisch wurde die Steigerung bei den
96 Erwerbseinkommen durch die Inflation aufgeessen. Die Arbeitslosenquote ist zwischen 2000 und
97 2012 von 19 auf unter 10 Prozent gesunken. Demgegenüber haben prekäre Arbeitsverhältnisse wie
98 Leiharbeit oder befristete Anstellung deutlich zugenommen. Mehr als jeder dritte Beschäftigte befindet
99 sich heute in einer solchen Erwerbssituation.

100 **Gute Arbeit** - das sind für uns in diesem Zusammenhang sichere, sozialversicherungspflichtige,
101 gesundheitsverträgliche und familienfreundliche, Weiterbildung fördernde und existenzsichernde
102 Beschäftigungsverhältnisse in stabilen, zukunftsträchtigen, in jeder Hinsicht nachhaltig wirtschaftenden
103 Unternehmen, bei Freien Trägern, Verbänden, Freiberuflern und im Öffentlichen Dienst.

104 Die politischen Entscheidungen über Rahmenbedingungen und Regularien für Wirtschaft und
105 Arbeitswelt liegen größtenteils in der Verantwortung des Bundes. Schritte wie die Einführung eines
106 bundesweit einheitlichen, Existenz sichernden gesetzlichen *Mindestlohns* können dabei eine wichtige
107 Rolle spielen, weil sie für den Unterbietungswettbewerb bei Löhnen und Gehältern ein Stoppzeichen
108 setzen und dazu beitragen, die Bezahlung wieder stärker an den Bedürfnissen der Beschäftigten und
109 nicht allein an den Profitinteressen der Unternehmen auszurichten. Das ist deutschlandweit überfällig -
110 die Ankündigungen der Großen Koalition im Bund werden dem nur halbherzig gerecht.

111 Zu den Möglichkeiten eines Bundeslandes gehört es, *Lohnuntergrenzen* festzulegen, die einzuhalten
112 sind, wenn eine Firma Aufträge der öffentlichen Hand ausführen will. Das haben wir in der zu Ende
113 gehenden Legislaturperiode getan und dafür gesorgt, dass diese Untergrenze nicht starr bleibt, sondern
114 mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten Schritt hält. *Wir streben als nächsten Schritt zügig die*
115 *Einführung einer Lohnuntergrenze von 10 Euro pro Stunde an.* Außerdem streben wir die Einführung und
116 Ausweitung von sozialen und ökologischen Kriterien auch bei anderen finanziellen Zuwendungen des
117 Landes und der Kommunen an.

118 Linke Wirtschaftspolitik *bindet Wirtschaftsförderung nicht nur an ökonomische, sondern auch an soziale*
119 *Kriterien* und forciert Innovation und Strukturwandel mit sozialem und ökologischem Augenmaß. Da das
120 Land Fördermittel für die Wirtschaft vergibt, hat es sehr wohl die Möglichkeit, darauf hin zu wirken. Wir
121 werden auf diese Weise auch weiter dafür sorgen, dass in Brandenburg prekäre Arbeitsverhältnisse
122 überwunden, Leiharbeit und Niedriglöhne zugunsten guter Arbeit zurückgedrängt, der Missbrauch von
123 Minijobs gestoppt, die Arbeitsbedingungen verbessert und Stress abgebaut werden. Wir wollen die
124 Vereinbarkeit von Familie und Beruf voran bringen, das Recht auf Weiterbildung stärken und die
125 Mitbestimmung fördern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss eine Selbstverständlichkeit sein;
126 schlechtere Bezahlung von Frauen muss aufhören!

127 DIE LINKE will erreichen, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ab dem ersten Einsatztag in einem
128 entleihenden Unternehmen mindestens den gleichen Lohn erhalten, ohne dass ein Tarifvertrag

129 schlechtere Bedingungen vorsehen darf. Betriebsräte müssen über den Einsatz von Leiharbeit
130 mitbestimmen können und ein Veto-Recht besitzen, wenn Stammarbeitsplätze ersetzt werden sollen.
131 Zudem dürfen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nicht als Streikbrecher missbraucht werden.

132 Mit der LINKEN als Regierungspartei ist sicher: Brandenburgische Landespolitik wird ihre Möglichkeiten
133 voll ausschöpfen, um die Lohnspirale nach unten zu stoppen, sozial verantwortliches Unternehmertum
134 zu stärken und ein entsprechendes Klima zum Markenzeichen des Wirtschaftsstandortes und des
135 Lebensortes Brandenburg zu machen.

136 Dazu gehört aber noch mehr:

137 Wichtig ist eine deutlich stärkere Tarifbindung im Land Brandenburg. Brandenburg braucht starke
138 Gewerkschaften. Wir wollen ihnen gute, engagierte Partner sein - auch als Arbeitgeber im öffentlichen
139 Dienst. Eine wichtige Möglichkeit zur Verbesserung und Stärkung des Tarifvertragssystems sehen wir in
140 der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen.

141 Wir streben zudem ein brandenburgisches „Bündnis für gute Arbeit“ an. Es kann sich aus dem bereits
142 bestehenden, unter Rot-Rot zustande gekommenen Bündnis für Fachkräftesicherung entwickeln. Dem
143 Bündnis gehören neben dem Arbeitsministerium fünf Ressorts der Landesregierung sowie die
144 Staatskanzlei, die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales, die Industrie- und
145 Handelskammern, Handwerkskammern, DGB, IG Bau, IG Metall, Unternehmensverbände Berlin und
146 Brandenburg (UVB), Universitäten, Landkreistag, Schulämter, die Lehrervertretung, die
147 Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit Berlin-Brandenburg und die LIGA der Spitzenverbände
148 der Freien Wohlfahrtspflege an.

149 Auf der Grundlage des vom DGB erarbeiteten Indexes „Gute Arbeit“ muss sich die neue
150 Landesregierung ein aktuelles Bild von der Lage im Land verschaffen.

151

152 Brandenburg besitzt die wirtschaftliche Kraft für diese Ziele. Das Bruttoinlandsprodukt pro
153 Erwerbperson hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen und mittlerweile 85 Prozent des
154 Bundesdurchschnitts erreicht. Brandenburg liegt damit an der Spitze der ostdeutschen Flächenländer.

155 Zugleich stehen Defizite und Ungleichgewichte einer nachhaltigen **Wirtschaftsentwicklung** in
156 Brandenburg noch im Wege. Es mangelt an industriellen Kernen, die Innovationsimpulse geben und
157 regionale Netzwerke von Zulieferern und Dienstleistern bilden. Große regionale Unterschiede bestehen
158 zwischen der Metropolregion um Berlin und dem ländlichen Raum. Im Vergleich zu anderen
159 Bundesländern sind die Ausrüstungsinvestitionen unterdurchschnittlich gewachsen. Es gibt noch
160 wenige Funktionseinheiten mit hoher, wissensbasierter Wertschöpfung. Der Anteil von Forschung und
161 Entwicklung an der Wirtschaftsleistung liegt nur bei 1,4 Prozent und damit deutlich unter dem
162 bundesdeutschen Durchschnitt. Der vergleichsweise geringe Studierendenanteil in den MINT-Fächern
163 wirkt für den Aufbau einer wissensbasierten nachhaltigen Wirtschaftsstruktur ebenfalls als
164 Entwicklungsbremse.

165 Unser Ziel besteht darin, die industrielle Basis in *allen* Landesteilen moderner, nachhaltiger und
166 international wettbewerbsfähiger zu machen. Brandenburg soll ein Industrieland mit einer guten Zukunft
167 sein. Deswegen haben wir bereits begonnen, die Wachstumsbranchen, die bislang in
168 Branchenkompetenzfeldern zusammengefasst waren, zu *Kompetenzclustern* weiter zu entwickeln.
169 Davon versprechen wir uns einen Innovationsschub, der Impulse und Synergien für das gesamte
170 Wirtschaftsgeschehen im Land auslöst und damit auch die bisherigen strukturellen Defizite überwindet.
171 Die gemeinsam mit dem Land Berlin entwickelte Innovationsstrategie bildet dafür auch künftig mit die
172 Basis - ebenso wie der Plan „Pro Industrie“. Die Kompetenzcluster sollen in den nächsten Jahren
173 zentrale Adressaten von Wirtschaftsförderung in Brandenburg sein.

174 Zugleich geht es weiterhin um die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der klein- und
175 mittelständischen Unternehmen, der Handwerksbetriebe und der Freien Berufe. Kleine und mittlere
176 Unternehmen sowie Selbstständige bilden das Rückgrat von Brandenburgs Wirtschaft. Gemeinsam mit
177 ihnen können regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt und ein sozial ökologischer Umbau

178 vorangetrieben werden. Das setzt aber voraus, dass ihre Substanz erhalten und modernisiert wird.
179 Forschung und Entwicklung wollen wir in diesem Bereich stärken und auch die Neugründung von
180 Unternehmen fördern. In den nächsten Jahren stehen bei Brandenburgs Firmen 20.000 bis 25.000
181 Unternehmensübergänge an. Um die Unternehmensnachfolge zu erleichtern, wollen wir die
182 Vermittlungsplattformen der Kammern unterstützen und ausbauen.

183 Wirtschaftspolitik in Brandenburg kann nur erfolgreich sein, wenn sie auch Strukturpolitik ist - wenn sie
184 Impulse für alle Regionen setzt und krasse Disparitäten verhindert. Jede Region hat ein Recht darauf,
185 bei der Aktivierung ihrer Potenziale und Überwindung ihrer Schwächen vom Land unterstützt zu werden.
186 Deshalb muss es auch weiterhin um die Zusammenführung von sektoraler und regionaler
187 Wirtschaftsförderung gehen. Die Aufhebung der regionalen Bindung für die Förderung von
188 Branchenkompetenzen war dazu ein wichtiger Schritt. Die 15 Regionalen Wachstumskerne, die über
189 besondere wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale verfügen, sind über ganz Brandenburg
190 verteilt. Die Förderung dieser Wachstumskerne wird durch EU- wie auch Landesmittel fortgesetzt, um
191 die wirtschaftliche Entwicklung in der Breite zu unterstützen und somit die ökonomischen Grundlagen
192 für gleichwertige Lebensverhältnissen im ganzen Land zu schaffen. Dies gilt auch für die technische und
193 soziale Infrastruktur.

194 Priorität für Kompetenzcluster in Wachstumsbranchen, die Zusammenführung von sektoraler und
195 regionaler Wirtschaftsförderung sowie die Eigenkapitalstärkung der kleinen und mittleren Unternehmen
196 - das werden unsere Hauptlinien für die Stärkung der brandenburgischen Wirtschaft in den nächsten
197 Jahren sein.

198 Dabei sind wir uns bewusst, dass für diese Zwecke eher weniger als mehr Geld zur Verfügung stehen
199 wird. Deswegen muss die Umstellung von der Förderung durch Zuschüsse auf eine Förderung durch
200 Darlehen weiter vorangetrieben werden.

201 Geld ist aber auch hier nicht alles. Die Stärkung unseres Landes geht alle an - niemand muss, niemand
202 kann hier unbeteiligt bei Seite stehen. Brandenburg braucht ein gesellschaftliches Klima der Offenheit
203 und der Neugier, der Vernetzung von Ressourcen, Ideen und Akteuren.

204

205 Wir streben eine moderne **Dienstleistungspolitik** an, die den Dienstleistungssektor zu einer
206 eigenständigen Säule im Bemühen um die Überwindung von strukturellen Schwächen macht. Dabei
207 geht es um die Stärkung öffentlicher Dienstleistungen ebenso wie um die Einführung neuer Modelle und
208 die weitere Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleistungen, bei denen es in Brandenburg schon
209 jetzt eine besondere Dynamik gibt.

210 Eine wichtige Rolle in diesem Bereich spielt in unserem Land die Gesundheitswirtschaft. Sie ist mit über
211 100.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in unserer Region. In den vergangenen Jahren hat
212 sich die Beschäftigung in der Gesundheitswirtschaft deutlich positiver entwickelt als die
213 Gesamtbeschäftigung. Gemeinsam mit Berlin werden wir die Entwicklung der Gesundheitsregion Berlin
214 Brandenburg vorantreiben, damit einerseits weitere Arbeitsplätze entstehen und andererseits
215 Brandenburgerinnen und Brandenburger immer bessere Versorgungsmöglichkeiten erhalten. Wir stehen
216 an der Seite der Beschäftigten dieser Branchen für die Durchsetzung der Grundsätze „Guter Arbeit“. Im
217 Bereich der Gesundheitswirtschaft unterstützen wir die Verbindung und Wechselwirkung von
218 innovativer Produkt- und Dienstleistungsentwicklung auf der Basis von neuesten
219 Forschungsergebnissen, existenzsichernde Arbeitsplätze sowie beste medizinische und pflegerische
220 Betreuung.

221 Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung,
222 Gesundheitswesen, Müllentsorgung und Straßenreinigung, Kultur- und Sporteinrichtungen, Öffentlicher
223 Personennahverkehr, Stromversorgung als auch Wohnungsbau und -vermietung sind Angelegenheiten
224 des Gemeinwohls, sie dürfen nicht von den Interessen privater Anbieter dominiert werden. DIE LINKE
225 setzt sich für den Ausbau der wirtschaftlichen Tätigkeit von Kommunen einschließlich
226 Rekommunalisierungen ein.

227

228 Das Potenzial des Dienstleistungssektors geht jedoch darüber hinaus. Unternehmensnahe
229 Dienstleistungen, können neue Formen von Wertschöpfung hervorbringen, in denen industrielle
230 Produkte und Dienstleistungen zu neuen Angeboten verschmelzen. Zugleich wächst in einer hochgradig
231 arbeitsteiligen, zur Dezentralisierung neigenden und zugleich alternden Gesellschaft der Bedarf an
232 Dienstleistungen für die Bewältigung des täglichen Lebens, für den sozialen Zusammenhalt, für
233 Infrastruktur, Kultur und Wirtschaft. Um diese Potenziale zu erschließen, wollen wir eine aktive,
234 gestaltende, für Mitwirkung offene Dienstleistungspolitik entwickeln. Es reicht nicht, einfach nur den
235 Rückbau im öffentlichen Bereich zu stoppen und im privaten Bereich Fördermittel bereit zu stellen.
236 Nötig sind neue Lösungen - technologisch, organisatorisch, sozial und auch regional oder lokal
237 spezifisch.

238

239 **Digitale Kommunikation und Informationsverarbeitung, virtuelle Leistungsangebote und**
240 **immaterielle Produkte** prägen die soziale, kulturelle und auch ökonomische Entwicklung in immer
241 stärkerem Maße. Sie sind zentrale Basis und Beschleuniger des strukturellen Wandels auch in
242 Brandenburg. Dies ist eine Tatsache - wir stellen uns ihr konstruktiv, aber nicht kritiklos.

243 Die Gestaltung der digitalen Welt ist eine globale Herausforderung. Datensicherheit und Schutz der
244 individuellen Grundrechte stehen derzeit weltweit zu Recht im Vordergrund der Aufmerksamkeit von
245 Politik und Öffentlichkeit. Wir wollen auch in Brandenburg den digitalen Wandel aktiv gestalten und
246 schlagen deshalb die Einrichtung eines Landesrates für digitale Entwicklung und Kultur vor. Ihm sollen
247 Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft angehören. Er
248 soll unabhängig arbeiten, sich zu allen digitalen Themen frei äußern und der Politik Vorschläge für
249 Entscheidungen unterbreiten.

250 Zugleich dürfen wir die technischen Voraussetzungen nicht aus dem Auge verlieren. Nach Auffassung
251 der LINKEN müssen Netzautobahnen als Bestandteil der Daseinsvorsorge verstanden und entwickelt
252 werden. Leistungsfähige Internet-Verbindungen müssen flächendeckend bereit stehen. Mit dem
253 Glasfaserkonzept 2020 sind wir auf einem guten Weg. Zugleich wollen wir auf entsprechende
254 Bundesmittel nicht verzichten und schauen, wie diese für das Land mobilisieren können. Wir werden
255 die Erschließung der ländlichen Räume mit Breitband-Internet bis 2016 vollenden.

256 Wir sind davon überzeugt, dass ein **ökologischer Umbau** notwendig und unaufschiebbar ist. Noch nie
257 ist so klar gewesen wie heute, dass unser Überleben vom Bestand der natürlichen Lebensgrundlagen
258 abhängt, für deren Erhalt wir selbst verantwortlich sind. Diese Einsicht gehört zum Grundkonsens in
259 unserem Land.

260 Wir wollen Brandenburg „enkeltauglich“ machen und werden die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes
261 mit konkreten und abrechenbaren Zielen und Maßnahmen untersetzen. Der Umsetzungsstand soll
262 regelmäßig anhand von Indikatoren überprüft werden. Die Landesregierung soll mit
263 Eigenverpflichtungen eine Vorbildfunktion bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie übernehmen.
264 Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie soll eine Agentur eingerichtet werden. Sie soll Kommunen,
265 Einrichtungen und Organisationen beraten, nachhaltige Konzepte, Projekte und Maßnahmen zu
266 entwickeln und in die Praxis umzusetzen.

267 Auch in der kommenden Legislaturperiode soll ein Nachhaltigkeitsbeirat, dem Expertinnen und Experten
268 aus Wissenschaft, Forschung und Lehre angehören, den Prozess wissenschaftlich und fachlich
269 begleiten.

270

271 Der notwendige gesellschaftliche Umbau wird dann wirklich tiefgreifend und nachhaltig gelingen, wenn
272 er solidarisch und sozial gerecht erfolgt. Gleichermäßen ist jedoch klar, dass keine Politik sozial sein
273 kann, die nicht nach ökologischen Gesichtspunkten handelt. Mit diesem Anspruch sollen
274 technologische Innovation und wirtschaftspolitische Steuerung eingesetzt werden. Die Aktivistinnen
275 und Aktivisten der Erneuerung brauchen gute Startbedingungen und den Freiraum, um das Neue auf
276 den Weg bringen zu können. Anreize können helfen, erfolgreiche Modellprojekte massentauglich zu

277 machen. Jene, deren wirtschaftliche Existenz durch den Wandel betroffen ist, brauchen konkrete
278 Unterstützung bei Umschulung, Qualifizierung und beruflichem Neustart. Die wirtschaftliche, die soziale
279 und die regionale Dimension des anstehenden Umbaus müssen in Gleichklang gebracht werden. Der
280 sozial-ökologische Umbau gelingt nur, wenn alle gewinnen, wenn Nutzen und Lasten zwischen den
281 sozialen Gruppen wie auch zwischen den Generationen gerecht verteilt werden. DIE LINKE will dafür
282 sorgen, dass Nachhaltigkeit ein Grundprinzip brandenburgischer Politik wird. Nachhaltigkeitsprüfungen
283 können sich als taugliche Instrumente erweisen, um Strategien und Projekte auf ihre Langzeiteffekte für
284 Gesellschaft und Umwelt zu prüfen und ihre Zielwirkung zu verbessern.

285

286 Der ökonomisch und ökologisch weitestreichende und gesellschaftlich tiefgreifendste Teil des
287 Strukturwandels in Brandenburg verbindet sich mit der **Energiewende**. 2009 sind wir mit dem
288 Versprechen in den Wahlkampf gezogen, im Energieland Brandenburg den Erneuerbaren Energien statt
289 den fossilen Brennstoffen Priorität einzuräumen. Schon jetzt hat unser Land dabei eine Vorreiterrolle in
290 Deutschland und Europa inne. Mit unserer Energiestrategie 2030 geht Brandenburg einen weiteren
291 wichtigen Schritt – vom aktiven Bekenntnis zum Vorrang für Erneuerbare Energien hin zur Gestaltung
292 des technologischen und gesellschaftlichen Durchbruchs für Erneuerbare Energien. Wir haben dazu die
293 Regionalen Planungsgemeinschaften personell so ausgestattet, dass sie den Ausbau Erneuerbarer
294 Energien wirksam steuern können. Kern ist die Systemintegration Erneuerbarer Energien. Wir wollen die
295 technologieoffene Förderung von Projekten zur Speicherung regenerativer Energien aus regenerativen
296 Quellen deutlich vorantreiben.

297 Unsere Energiepolitik verbindet Klimaschutz, Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Akzeptanz und
298 Beteiligung für Energieerzeugung und -infrastruktur im Land. Die Energiewende muss in den
299 europäischen Kontext eingebettet sein. Ohne Akzeptanz in der Bevölkerung kann die Energiewende
300 nicht gelingen. Wir wollen transparente Verfahren und mehr Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger.

301 Mit dem Erstarren der Erneuerbaren Energien in Brandenburg rückt der Abschied von der
302 Braunkohleverstromung näher. Systemintegration und Speicherung von erneuerbaren Energien sind der
303 Schlüssel dafür, dass das Zeitalter der Brückentechnologie Braunkohle möglichst kurz gehalten wird.
304 Wir diskutieren weiter, ob und unter welchen europa- und bundespolitischen Rahmenbedingungen
305 Gaskraftwerke zur Umsetzung der Energiewende gebraucht werden.

306 Unser Ziel ist es, dass spätestens ab 2040 keine Braunkohle mehr verstromt wird. Wir werden eine
307 energiewirtschaftliche Entwicklung vorantreiben, die Neuaufschlüsse von Tagebauen und den Bau von
308 neuen Kohlekraftwerken unnötig macht. Den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung wollen wir in
309 einer Art und Weise gestalten, dass Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt, die bislang in der
310 Braunkohle Beschäftigten solidarisch eingebunden werden und die Kosten sozial gerecht verteilt
311 werden. Wir lehnen sowohl die unterirdische Verpressung von CO₂ (CCS) als auch die Erdgasförderung
312 mittels Verpressung giftiger Chemikalien in den Untergrund (Fracking) ab. Wir wollen ein
313 Klimaschutzgesetz, das für alle relevanten Bereiche verbindliche Zielstellungen definiert und den Weg
314 dahin aufzeigt.

315 Die Beseitigung der Folgen der sog. Verockerung der Spree bleibt eine Herausforderung. Wir
316 unterstützen die eingeleiteten kurz- und mittelfristigen Maßnahmen zur Sanierung. Zur längerfristigen
317 Überwindung der eingetretenen Schäden setzen wir uns für ein Sanierungsabkommen zwischen Bund
318 und Ländern ab 2017 ein, das zureichende finanzielle Mittel zur Lösung des Problems beinhaltet.

319

320 Eine Versorgung der gesamten Region Berlin-Brandenburg mit Strom aus erneuerbaren Quellen zu jeder
321 Stunde des Jahres ist spätestens bis zum Jahr 2030 rein rechnerisch möglich. Die Vorreiterrolle
322 Brandenburgs und die bisher aufgebauten Kapazitäten bei der Erzeugung Erneuerbarer Energien bieten
323 die Chance für eine engere Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Berlin bei der Bewältigung der
324 Energiewende. Aber es gibt auch viele ungelöste Aufgaben. Die Überwindung der energietechnischen
325 „Insellage“ Berlins ist eine Schlüsselfrage der Energiewende, die auf Dezentralität nicht nur im lokalen,
326 sondern auch im regionalen Maßstab beruht. Berlin wird die Energiewende mit einem „Insel-Stromnetz“

327 nicht schaffen – Brandenburg und Berlin aber haben gemeinsam die Kapazitäten, den Ballungsraum
328 perspektivisch mit Erneuerbaren Energien zu versorgen. Jetzt müssen auch die technischen
329 Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Wir wollen, dass Brandenburg und Berlin gemeinsam die
330 Versorgung des Ballungsraumes mit preiswerter und versorgungssicherer Energie aus regenerativen
331 Quellen forcieren.

332 Der Umstieg auf die Erneuerbaren Energien und deren Systemintegration bringt einen tiefgreifenden
333 Strukturwandel in Brandenburg mit sich, der weit über technische Erneuerungen hinausgeht. Änderung
334 der Erzeugerstrukturen, unmittelbare Betroffenheit an Standorten der Energieerzeugung, neue
335 Eigentümerstrukturen und nicht zuletzt auch die Entwicklung neuer Technologien stellen neue
336 Ansprüche an regionale Entwicklungen. Davon ist nicht nur die Lausitz betroffen. Wir unterstützen
337 deshalb für alle Regionen Strategien, die sich den neuen Bedingungen stellen und durch die
338 Akteurinnen und Akteure vor Ort selbst entwickelt und getragen werden.

339 Wir brauchen ein neues Verhältnis von Zentralität und Dezentralität in der Energieversorgung. Wir
340 stehen zu dem Grundsatz, Energie am besten dort zu produzieren, wo sie auch verbraucht wird. Daher
341 werden wir Konzepte zur dezentralen Energieversorgung auf lokaler Ebene sowie deren Umsetzung
342 fördern. Hierzu zählen insbesondere gemeinschaftliche Unternehmungen wie Energiegenossenschaften
343 und Bioenergiedörfer. Die Energiewende gehört in die Hand der Bürgerinnen und Bürger.

344 Schon jetzt werden durch das RENplus-Programm des Wirtschaftsministeriums Regionale
345 Planungsgemeinschaften und rund 50 Kommunen bei der Erstellung lokaler Energiekonzepte
346 unterstützt. Wir wollen dieses Programm zum zentralen Steuerungselement der Energiewende in
347 Brandenburg machen!

348 Energiewende, das ist nicht die Befriedigung eines immer gleichen oder gar steigenden Energiebedarfs
349 aus erneuerbaren Quellen, Energiewende heißt für uns auch Senkung des Energieverbrauchs insgesamt.
350 Deswegen werden Projekte kleiner und mittlerer Unternehmen zur Verbesserung der Energieeffizienz
351 durch ein aus Landes- und EU-Mitteln finanziertes Programm der ILB gefördert.

352 Wer fossile Energieträger verarbeitet, soll zunehmend an der Finanzierung der Energiewende beteiligt
353 werden. Deswegen werden wir eine Förderabgabe für Gas und Öl einführen. Für Braunkohle ist das
354 nach dem Einigungsvertrag bisher nicht möglich.

355

356 Eine gut funktionierende nachhaltige und regionale **Landwirtschaft** ist das wesentliche Rückgrat für
357 den ländlichen Raum. Brandenburgs Landwirtschaft ist gut aufgestellt. Große und kleine Betriebe
358 verschiedener Eigentums- und Betriebsformen arbeiten nebeneinander und haben ihren Platz. Wichtig
359 ist für uns dabei nicht die Größe der Betriebe, sondern der Beitrag, den sie zur landwirtschaftlichen
360 Produktion und zur Lebensqualität im ländlichen Raum leisten. Öffentliche Fördermittel sollen dafür
361 eingesetzt werden, die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu gewährleisten, den ökologischen Landbau
362 zu entwickeln, Arbeitsplätze zu sichern und dabei die Produktion im Einklang mit dem Schutz
363 natürlicher Ressourcen zu verbessern.

364 Brandenburg soll alle Mittel ausschöpfen, um gentechnikfrei zu bleiben. Auf landeseigenen Flächen
365 dürfen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden, Agro-Gentechnik soll nicht gefördert
366 werden. Brandenburg soll dem „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ beitreten.

367 Wir werden Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen für regionale und ökologische Produkte fördern
368 und Anreize für die Berücksichtigung regionaler Produkte bei Ausschreibungen durch die öffentliche
369 Hand geben. So können wir regionale Wertschöpfung stärken und den Anteil der ökologischen
370 Anbauflächen erhöhen. Lokal gibt es bereits Ansätze dafür, dass saisonale Produkte aus der Region
371 gezielt für das Essen in Kitas oder Schulen eingesetzt werden – und dass Kitas, Schulen, Schulträger,
372 Eltern und Erzeugerinnen und Erzeuger dies gemeinsam mit anderen Akteuren organisieren. Gute
373 Beispiele wollen wir verallgemeinern – zur Stärkung von Vermarktungsstrukturen ebenso wie im
374 Interesse einer gesunden Ernährung aller Kinder im Land. Das neue Europäische Schulobstprogramm
375 soll dazu beitragen, Essgewohnheiten der Kinder nachhaltig zu verändern.

376 Der Gartenbau ist weit über die besonders bekannten Obst- bzw. Gemüseanbaugebiete bei Werder,
377 Frankfurt und im Spreewald ein wichtiger regionaltypischer Wirtschaftszweig, der deutlich mehr
378 Arbeitsplätze pro Fläche schafft als andere Landnutzungsformen. Wir möchten daher für den Gartenbau
379 günstige Voraussetzungen schaffen und den Anreiz für den Anbau von Bio-Produkten erhöhen.

380 Wir wollen eine regionalverträgliche, tierschutzgerechte und bodengebundene Tierhaltung. Wir werden
381 uns für gesetzliche Rahmenbedingungen einsetzen, die das ermöglichen. Investitionen in der
382 Tierhaltung möchten wir vor allem dann fördern, wenn sie zur Verbesserung des Tierschutzes beitragen.
383 Die Tierwohllabel-Kriterien können dafür ein wichtiger Anhaltspunkt sein. Wir setzen uns dafür ein, dass
384 Tierschutz-Verbänden das Verbandsklagerecht eingeräumt wird.

385 Die Fischwirtschaft möchten wir sowohl an Seen als auch in den Fischteichgebieten flächendeckend
386 erhalten. Die Förderung der naturnahen Teichwirtschaft soll fortgeführt werden.

387 Ein Drittel der Fläche Brandenburgs ist mit Wald bewachsen. Wald ist wichtiger Rohstofflieferant,
388 Lebensraum und Erholungsort für die Bevölkerung. Er spielt für Klima, Luft und Wasserhaushalt eine
389 zentrale Rolle. Allen diesen Funktionen muss die Forstpolitik gerecht werden. Wir stehen für eine
390 vorbildliche naturnahe Waldbewirtschaftung, die sozial-ökologische Ziele mit der Bewirtschaftung des
391 Waldes in Einklang bringt. Daher streben wir die Zertifizierung des Landeswaldes mit dem
392 anspruchsvollen Siegel des FSC (Forest Stewardship Council) an.

393 Der schwierige Umstrukturierungsprozess im Landesbetrieb Forst setzt eine gründliche Aufgabenkritik
394 voraus, die neben der Holznutzung auch die Gemeinwohlfunktionen des Landeswaldes besonders
395 berücksichtigen muss. Dies wollen wir anpacken. Erst danach kann der tatsächliche mittelfristige
396 Personalbedarf festgestellt werden. Eine Kommunalisierung von Aufgaben der Forstverwaltung ist für
397 uns nicht primäres Ziel.

398 Es ist eine große Herausforderung, die Wildbestände in unseren Wäldern so zu bewirtschaften, dass
399 eine Naturverjüngung und damit eine langfristige Umwandlung in artenreiche und klimaresistente
400 Wälder sowie eine wirtschaftlich tragfähige Nutzung besser möglich werden. Das ist nur gemeinsam mit
401 den ganz überwiegend ehrenamtlichen Jägerinnen und Jägern zu erreichen. Bürokratische Hemmnisse,
402 die eine Reduzierung des Schalenwildes behindern, sind zu reduzieren.

403 Die Bedeutung der Landwirtschaft für die Entwicklung des ländlichen Raumes steht und fällt mit der
404 örtlichen Verankerung der Betriebe und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der zunehmende
405 Verkauf von Landwirtschaftsfläche und auch von Betrieben an außerlandwirtschaftliche Investoren stellt
406 eine große Gefahr dar, der wir auf Landesebene soweit wie möglich entgegenwirken wollen. Dazu sind
407 eine Überprüfung und ein stringenter Vollzug des Bodenverkehrsrechts erforderlich.

408 Traditionelle Nutzungsformen, die in besonderem Maße dem Naturhaushalt und der Landschaftspflege
409 dienen, möchten wir bewahren und besonders fördern. Dazu gehören die Schaf- und Ziegenhaltung und
410 die Imkerei.

411 In der Gesellschaft gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie eine moderne und
412 nachhaltige Landwirtschaft beschaffen sein sollte. Unter Beteiligung der verschiedenen
413 Interessenvertreter und der Öffentlichkeit wollen wir ein Leitbild entwickeln, an dem sich die
414 Agrarpolitik des Landes ausrichten soll: Welche Landwirtschaft wollen wir?

415 Ein wesentlicher Bestandteil dieses Leitbildes sollen Eckwerte für die gute fachliche Praxis der
416 Landwirtschaft sein.

417

418 Die Potenziale des **Tourismus** für die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen und die Entwicklung in
419 den ländlich geprägten Räumen Brandenburgs sind noch nicht ausgeschöpft. Angesichts des intensiven
420 Wettbewerbs zwischen den vielen attraktiven Urlaubsregionen in Deutschland und Mitteleuropa müssen
421 Brandenburgs Nationale Naturlandschaften weiterentwickelt und attraktive Angebotspakete entwickelt
422 werden. Schon heute bietet Brandenburg hierfür gute Voraussetzungen: Aktiverholung und Sport,
423 Wandern und Radeln, Ferien auf dem Bauernhof, Erlebnis- und Kulturtourismus, Natur- und

424 Gesundheitstourismus. Der barrierefreie Tourismus ist als ein bedeutendes Querschnittsthema in der
425 Landestourismuskonzeption verankert. Die flächendeckende Umsetzung von Barrierefreiheit ist als
426 Qualitätsmerkmal festgeschrieben.

427 Auf der Tagesordnung bleibt die Vernetzung der touristischen Infrastruktur. Darüber hinaus gilt es den
428 erreichten Standard langfristig zu sichern und zu erhalten. Lokale Traditionsfeste und Kulturevents
429 bewahren und stiften nicht nur Identität, sondern haben auch eine wichtige touristische Funktion. Sie
430 verdienen daher verlässliche bürgerschaftliche und öffentliche Förderung. Auch in der Entwicklung
431 gemeinsamer touristischer Konzepte mit den Nachbarinnen und Nachbarn in der Republik Polen liegen
432 wichtige Potenziale, die es künftig noch stärker zu nutzen gilt.

433 Voraussetzung für einen nachhaltigen Tourismus ist ein Öffentlicher Personen-Nahverkehr (ÖPNV), der
434 die Erreichbarkeit des gesamten Landes absichert.

435

436 Die marktgesteuerte Erwerbsarbeitsgesellschaft, in der wir leben, ist weder in der Lage, die Erledigung
437 aller für ein Gemeinwesen notwendigen Arbeiten in ausreichendem Umfang und in der gebotenen
438 Qualität zu organisieren noch Vollbeschäftigung zu erreichen. Vor diesem Hintergrund haben wir uns
439 stets für einen speziellen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) eingesetzt. In den Jahren
440 seit 2009 ist die weitgehende Umsetzung unserer Pläne vor allem an den Einschränkungen gescheitert,
441 die die Regierung Merkel im Bund eingeführt hat.

442 Jetzt wollen wir einen neuen Anlauf starten - mit einer weiter entwickelten Idee: Wir konzentrieren uns
443 auf einen **sozialen Beschäftigungssektor** für Langzeitarbeitslose mit mehrfachen
444 Vermittlungshemmnissen - also für Menschen, die bereits sehr lange unter den Folgen von
445 Arbeitslosigkeit leiden und für die der Weg zurück ins Erwerbsarbeitsleben daher besonders schwierig
446 und auch langwierig ist. Den Einstieg in diesen sozialen Beschäftigungssektor werden wir in Form von
447 Modellprojekten im Rahmen des Konzepts von „Sozialunternehmen“ organisieren. Sie sind nicht nur ein
448 Mittel der Arbeitsmarktpolitik, sondern auch ein Weg zur gesellschaftlichen Integration und Förderung
449 der sozialen Teilhabe.

450 *Sozialunternehmen* stützen sich auf ein auch von der EU als innovativ und zukunftssträftig erachtetes
451 Konzept. Es funktioniert bereits in einigen anderen europäischen Ländern und in Einzelfällen auch
452 schon in Brandenburg. Vorrangiges Ziel der Sozialunternehmen ist nicht die Gewinnerwirtschaftung -
453 Gewinne werden vor allem wieder in das Unternehmen investiert bzw. kommen den Mitarbeiterinnen
454 und Mitarbeitern zugute. Die Finanzierung wird möglich, wenn sog. passive Leistungen mit Bundes-,
455 Länder-, kommunalen und EU-Mitteln zusammengeführt werden. Schluss mit dem derzeitigen
456 Flickenteppich von Lösungen!

457 Ihre Aufgabe finden die Sozialunternehmen in den sozialen und wirtschaftlichen Strukturen in den
458 Kommunen, orientiert an den Möglichkeiten und Bedarfen vor Ort. Das Konzept funktioniert, wenn alle
459 zuständigen und vor Ort betroffenen Akteure dies unterstützen und es ein einvernehmliches
460 Zusammenwirken aller betroffenen Akteure (öffentliche Einrichtungen und Jobcenter,
461 Arbeitsfördergesellschaften sowie die lokal angesiedelten Unternehmen) vor Ort gibt.

462 Bestehende Defizite des Zweiten Arbeitsmarktes wie Lohneschränkungen, begrenzte Förderdauer,
463 fehlende Arbeitslosenversicherung und eingeschränkte Tätigkeitsprofile sollen im sozialen
464 Beschäftigungssektor überwunden werden. Er stellt sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse
465 bereit, die längerfristig ausgestaltet werden. Der Sektor muss offen sein für Arbeitsfördergesellschaften
466 sowie die Privatwirtschaft. Im Gegensatz zur bisherigen Regelung ist es Sozialunternehmen sowohl
467 erlaubt, einen Umsatz anzustreben und zu erzielen, der die öffentlichen Kosten senkt, als auch sich
468 pragmatisch am gesellschaftlichen Bedarf zu orientieren.

469

470 **Gute Bildung und Lebenschancen für alle von Anfang an.**

471

472 In der heutigen, stark auf Wissen basierten Gesellschaft ist Bildung die wichtigste Voraussetzung für
473 gesellschaftliche Teilhabe, für individuellen Wohlstand und für die politische Bewältigung der großen
474 gesellschaftlichen Herausforderungen. Ohne Bildung gibt es kein selbstbestimmtes, kulturreiches Leben.
475 Dieses Potenzial kann nur dann in vollem Umfang aktiviert werden, wenn der Zugang zur Bildung für alle
476 nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch umgesetzt wird. Gute Bildung ist Bildung für nachhaltige
477 Entwicklung. Der Landesaktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung soll fortgeschrieben und mit
478 Leben erfüllt werden.

479 Wir haben in den vergangenen Jahren vieles stabilisieren und manches verbessern können, aber wir
480 sind noch lange nicht am Ziel. Noch immer ist eine umfassende soziale Gleichheit in der
481 Bildungsteilhabe nicht gesichert. Der Zugang zu Bildung ist zu stark vom Status der Eltern abhängig.
482 Frühe Auslese durch ein gegliedertes Schulsystem schneidet Bildungschancen ab. Die Schulklassen
483 sind, speziell in den Ballungsräumen, noch immer zu groß. Eine nachhaltige Personalausstattung zu
484 gewährleisten, ist noch immer an eine große Kraftanstrengung des Landes gebunden. Die Qualität
485 schulischer Bildung muss angesichts künftiger Herausforderungen deutlich verbessert werden. Hinzu
486 kommt, dass die Schulbildung strukturell nicht hinreichend auf die Anforderungen eingestellt ist, die
487 aus den divergierenden demografischen Entwicklungen in den verschiedenen Landesteilen erwachsen.

488 Brandenburg hat den Paradigmenwechsel, der dem Thema Bildung wirklich oberste Priorität in der
489 Gesellschaft, in Denken und Handeln, verschafft, noch vor sich. Schaffen kann ihn Brandenburg nicht
490 allein. Angesichts der erheblichen Diskrepanzen in der Finanzausstattung der Länder muss auch der
491 Bund hier stärker in die Verantwortung genommen werden.

492 Aber Politik darf nicht nur auf Veränderungen im gesellschaftlichen Meinungsbild oder in den
493 politischen Rahmenbedingungen warten. LINKE Politik sieht sich sowohl als Teil des öffentlichen
494 Diskurses als auch in der Pflicht, auf offen liegende Probleme mit sachdienlichen Entscheidungen zu
495 reagieren – mit Augenmaß und Perspektive zugleich, werbend und dialogorientiert, selbstkritisch und
496 transparent.

497 Bildung beginnt in der frühen Kindheit. In Brandenburg wird traditionell großer Wert auf frühkindliche
498 Bildung und Erziehung gelegt. Im Hinblick auf Versorgungsdichte und Qualität der frühkindlichen
499 Erziehung nimmt unser Land in Deutschland eine Spitzenposition ein. Die Zahl der betreuten Kinder ist
500 in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Inzwischen besuchen die Hälfte aller Kinder unter drei
501 Jahren und nahezu alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren eine Kindertageseinrichtung.

502 Unser Land soll seine Spitzenposition bei der frühkindlichen Bildung weiter ausbauen - das wollen wir in
503 den nächsten Jahren sichern. Der Impuls zu einer deutlichen Verbesserung des Betreuungsschlüssels
504 ging in der vergangenen Legislatur von der LINKEN aus. Dieser Prozess ist fortzusetzen. In den Kita
505 sollen daher bei den 1- bis 3-Jährigen eine Erzieherin bzw. ein Erzieher auf 5 Kinder (statt bisher 6), bei
506 den 3- bis 6-Jährigen auf 11 (statt bisher 12) kommen. Kita-Leiterinnen muss mehr Zeit für
507 pädagogische Arbeit gewährt werden. Dazu ist die Ausbildung und Einstellung von 1.500 Erzieherinnen
508 und Erziehern zu gewährleisten.

509 Das Kita-Angebot muss entsprechend der jeweiligen demografischen Entwicklung in den einzelnen
510 Regionen und in seiner Struktur bedarfsgerecht diversifiziert werden. Die Qualifikation der
511 Erzieherinnen und Erzieher wollen wir durch spezialisierte Bildungsangebote im Hochschulbereich
512 weiter verbessern.

513 Auch Kita müssen zu inklusiven Einrichtungen entwickelt werden. Inklusion darf nicht erst in der Schule,
514 sondern muss bereits in der Kita beginnen.

515

516 Bessere schulische Bildung heißt für uns: Größere Verlässlichkeit von Schule, bessere
517 Personalausstattung, Erhöhung der Unterrichtsqualität, Minimierung des Unterrichtsausfalls,
518 Verringerung der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss.

519 Dazu halten wir einen Einstellungsbedarf von 4.500 Lehrkräften bis 2019 für geboten(3.600 Ersatz für
520 ausscheidende Lehrkräfte und 800 zusätzlich).

521 Das bedarf großer Kraftanstrengungen hinsichtlich der professionsorientierten Ausbildung der
522 Lehrkräfte unter Berücksichtigung der quantitativen Bedarfe und darüber hinaus eines
523 Seiteneinsteigerprogramms.

524 Unser Ziel ist und bleibt die **Gemeinschaftsschule**, die eine inklusive Ganztagschule ist. An ihr soll ein
525 multiprofessionelles Team arbeiten, zu dem neben den Lehrkräften u. a. Inklusionspädagogen,
526 Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen bis hin zu Schulkrankenschwestern gehören. Diesem Ziel folgen
527 wir mit Augenmaß und bauen – gemeinsam mit den Schulen und den dort Beschäftigten, mit der GEW,
528 mit Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Kommunen – Voraussetzungen für längeres gemeinsames
529 Lernen in einer Schule für alle Kinder mit guten Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte auf. Aus
530 pädagogischen und demografischen Erwägungen halten wir die Gemeinschaftsschule für ein
531 zukunftsfähiges Modell für Brandenburg. Doch dieses Projekt kann nur gelingen, wenn es von den
532 Beteiligten gewollt, von unten wächst und auf freiwilliger Basis geschaffen wird.

533 Die nächsten Schritte zu längerem gemeinsamen Lernen, die in der Legislaturperiode bis 2019 zu
534 realisieren sind, sollten daher aus unserer Sicht folgende sein:

- 535 ● Die Durchlässigkeit der bestehenden Schulformen muss erhöht werden. Dazu sind gleiche
536 Rahmenlehrpläne und Stundentafeln für Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien bis
537 Klasse 9 nötig. Die Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe sind zu stärken, da sie dem
538 pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule am nächsten kommen.
- 539 ● Einführung einer flexiblen Schulausgangsphase zum Abitur. Schülerinnen und Schüler sollen
540 selbst entscheiden, ob sie das Abitur in 12 oder 13 Jahren absolvieren wollen.
- 541 ● Es sind Anreize zur Zusammenführung von Grund- und weiterführenden Schulen zu schaffen.
- 542 ● Bei der Begabungsförderung wird zugunsten besonderer Begabungen umgesteuert, die
543 Leistungs- und Begabungsklassen laufen aus
- 544 ● Es bedarf des Einsatzes von mehr Schulsozialarbeitern und Sonder- bzw.
545 Inklusionspädagoginnen und -pädagogen.
- 546 ● Unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Pilotphase Inklusive Grundschule werden weitere
547 inklusive Grundschulen geschaffen.
- 548 ● Zum Schuljahr 2017/18 soll eine wissenschaftlich begleitete Pilotphase begonnen werden, in
549 der unterschiedliche Organisationsformen von Gemeinschaftsschulen zugelassen werden (u.a.
550 Gesamtschule oder aufwachsende Grundschule, oder Kooperation zwischen Grundschule und
551 Schule der Sek I, oder Schule der Sek I ohne Grundschule, oder Fusionsmodell –
552 Schulverbünde, die als Kooperationen zwischen der Grundschule und Schule der Sek I gestartet
553 sind, fusionieren zu einer Organisationseinheit)
- 554 ● Zur Unterstützung der Lehrkräfte beim Umgang mit Vielfalt bedarf es einer
555 Fortbildungsoffensive.
556

557 Kinder lernen in unseren Schulen ihre Rechte kennen und wissen, wie und wo sie bei Verstößen Hilfe
558 erwarten können. Sie werden auch darüber informiert, dass wir in einem toleranten und weltoffenen
559 Land leben, in dem alle Menschen willkommen sind und nicht nur Frauen und Männer gemeinsam
560 leben.

561
562 Im Land hat sich eine vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft herausgebildet, die wir pflegen
563 und weiter ertüchtigen wollen. Gegenwärtig sind an den Universitäten und Hochschulen etwa 50.000
564 Studierende immatrikuliert, knapp die Hälfte davon kommt aus Brandenburg selbst. Diese Gesamtzahl
565 wollen wir halten. Doch die Qualität der Lehre und die sozialen Rahmenbedingungen des Studiums wie
566 z.B. preiswerter Wohnraum müssen verbessert werden. Für die langfristige Verbesserung der

567 Lehrqualität wollen wir zu Beginn der kommenden Wahlperiode eine Aufstockung des Hochschulstats
568 um 50 Millionen. Euro und schreiben diese dann fort. Wir wollen möglichst viele Studierende zu einem
569 Studienabschluss führen; dabei soll der Masterabschluss die Regel sein. Prekäre Beschäftigung an
570 Hoch- und Fachschulen ist zurückzudrängen.

571 Eine sozial gerechte und solidarische Bildungspolitik muss die Türen zur Hochschule weit offen halten.
572 Dies gilt insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Haushalten.
573 Studiengebühren soll es weiterhin nicht geben; die Rückmeldegebühren gehören abgeschafft. Wir treten
574 grundsätzlich für ein elternunabhängiges Bafög ein, zumindest aber für Vergabekriterien, die Haushalte
575 mit mittleren Einkommen entlasten.

576 Generell soll es mehr Durchlässigkeit in der höheren Bildung geben: Für die Zulassung zum Studium,
577 zwischen den Studiengängen sowie zwischen den Hochschulen und speziell auch zwischen
578 Hochschulen und Universitäten. Einen wichtigen Schritt sind wir mit der Ausweitung des
579 Hochschulzugangs in dieser Wahlperiode schon gegangen. Um Bildungsgerechtigkeit und
580 Chancengleichheit weiter voranzutreiben, sollte jede akademische Lehreinrichtung ein Diversity-
581 Konzept erarbeiten und umsetzen. Für die kommende Wahlperiode werden wir ein
582 **Hochschulzulassungsgesetz** einbringen.

583 Mehr Durchlässigkeit benötigt aber auch mehr Kooperation zwischen den Hochschulen. Gemeinsame
584 Studiengänge oder hochschulübergreifende Forschungskonzepte wollen wir ebenso fördern wie eine
585 Zusammenarbeit verschiedener Hochschultypen. Als Modellprojekt wollen wir besonders
586 **forschungsstarken Fachbereichen der Fachhochschulen das Promotionsrecht** verleihen.

587 Zugang zu höherer Bildung hat auch eine räumliche Dimension. Daher sollten die Brandenburger
588 Hochschulen als Verbund in Zentralen Orten der dünner besiedelten ländlichen Räume eigene
589 Präsenzstellen einrichten, wo sie ihre Angebote vermitteln und das Interesse an einem Studium
590 wecken. Dies kann verknüpft werden mit Weiterbildungsplattformen, die lebenslanges Lernen im
591 ganzen Land unterstützen.

592 Hochschulen sind für uns nicht nur ein Lern- und Lehrort, sondern auch eine „Schule fürs Leben“. Daher
593 müssen sich zentrale gesellschaftliche Themen wie Gleichstellung, Barrierefreiheit oder Demokratie
594 auch hier wiederfinden. Die Konzepte der familienfreundlichen Hochschulen müssen konsequent
595 umgesetzt und Frauen gezielt auf dem wissenschaftlichen Karriereweg gefördert werden. Wir vertreten
596 weiterhin das Ziel, Hochschulgremien vierteljährlich zu besetzen.

597 Eine zentrale Bedeutung hat für uns der wissenschaftliche Nachwuchs. Ihn wollen wir nicht nur durch
598 planbare Karrierewege und entsprechende Arbeitsbedingungen unterstützen, wir wollen ihn auch durch
599 Graduiertenschulen, Forschungs-Netzwerke und den Aufbau einer **landesweiten Post-Doc-Akademie**
600 befördern.

601 Der Praxisbezug und insbesondere die enge Kooperation mit der Wirtschaft in der Region zählen zu den
602 Stärken der brandenburgischen Hochschulen, die weiter gefördert werden sollen. Die Vernetzung mit
603 den entstehenden Kompetenzclustern sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen im
604 Metropolenraum um Berlin wie auch in den Wachstumskernen Brandenburgs stellen ein großes
605 Potenzial dar, das es weiter auszuschöpfen gilt. Weiter vorantreiben wollen wir die Einrichtung von
606 Gründerzentren an Hochschulen. Zur Unterstützung bei der Ausgründung von Unternehmen werden
607 entsprechende Rahmenbedingungen angeboten. Mit dieser Strategie werden Innovationspotenziale und
608 innovative Menschen für ein Leben und Arbeiten in Brandenburg gewonnen.

609 Wir wollen die Hochschule für Film und Fernsehen zur **ersten deutschen Filmuniversität**
610 weiterentwickeln.

611 Brandenburg soll die **Initiative für einen Hochschulpakt III** übernehmen, der den Schwerpunkt auf die
612 grundlegende Verbesserung der Lehrbedingungen an den Hochschulen legt und dessen
613 bildungspolitischen Ziele sich konsequent an den Anforderungen einer solidarischen
614 Wissensgesellschaft ausrichten.

615

616 Wir stehen für eine integrative Minderheitenpolitik, die die Kulturen und Sprachen aller ethnischen
617 Minderheiten wie aller Regionalsprachen als Bereicherung im Zusammenleben von Menschen in
618 unserem Land betrachtet. Deswegen sind uns auch Schutz und Pflege der europarechtlich geschützten
619 Regional- und Minderheitensprachen Niederdeutsch und Romanes (u.a. durch Förderung des
620 schulischen Angebots und von Lehrerfortbildungen) ein wichtiges Anliegen.

621 Landes- und Kommunalpolitik müssen sich ihrer Verantwortung für den Erhalt der in Brandenburg
622 gesprochenen und europarechtlich geschützten Sprachen Niedersorbisch, Niederdeutsch und Romanes
623 stellen. Wir stehen für eine integrative Minderheitenpolitik, die die Kulturen und Sprachen aller
624 ethnischen Minderheiten wie aller Regionalsprachen als Bereicherung im Zusammenleben von
625 Menschen in unserem Land betrachtet. Insbesondere das Brandenburger Bildungssystem muss sehr
626 viel stärker als heute die Bedürfnisse derjenigen berücksichtigen, die eine anerkannte Minderheiten
627 oder Regionalsprache noch als Muttersprache sprechen oder sich diese als Mutter- oder Fremdsprache
628 aneignen wollen.

629 Das neue **Sorben/Wenden**-Gesetz stellt auch neue Anforderungen für den Schulbereich, die
630 Lehrerbildung/-weiterbildung und den Wissenschaftsbereich, die gesetzgeberisch und praktisch zu
631 bewältigen sind. Insbesondere das bilinguale Witaj-Projekt ist endlich auf entsprechende
632 konzeptionelle, schulorganisatorische, personelle und finanzielle Grundlagen zu stellen. Mit einem
633 Gesamtkonzept zur Vermittlung der niedersorbischen/wendischen Sprache sind konkrete Schritte zur
634 Fortführung des Witaj-Projekts und der Erhöhung der Qualität der sprachlichen Bildung umzusetzen.

635

636 **Berufliche Bildung** steht nach unserer Überzeugung allen Jugendlichen als Grundrecht zu. In diesem
637 Zusammenhang bleibt unsere Forderung nach einer gesetzlich verbindlichen Ausbildungsplatzumlage
638 aktuell. Auszubildende Betriebe werden durch die Mittel derer gefördert, die sich um diese Verantwortung
639 drücken.

640 Die Berufsorientierung wollen wir dadurch erleichtern, dass wir den Praxisbezug von Schule landesweit
641 und generell deutlich stärken. In der Kooperation mit Handwerkskammern gibt es dafür bereits gute
642 Erfahrungen. Wir wollen eine frühzeitige ganzheitliche Berufs-, Arbeits- und Lebensweltorientierung an
643 allen allgemeinbildenden Schulen als Orientierungsphase für eine praxisnahe Auseinandersetzung mit
644 Berufsfeldern.

645 Wir streben an, in Brandenburg eine Berufsausbildung mit Abitur einzuführen.

646 Wir wollen Berufsausbildung auch in ländlichen Regionen attraktiv halten. Standorte von
647 Oberstufenzentren und Berufsschulen wollen wir halten, einen Ausbau der Wohnheimplätze prüfen.“

648 Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Ausbildungs- und beruflichen Förderung von behinderten
649 Jugendlichen. Berufsausbildung behinderter Jugendlicher findet zwar statt, wird aber viel zu selten im
650 Betrieb und viel zu oft außerbetrieblich umgesetzt. Und dies, obwohl es aufgrund so fehlender
651 praktischer Erfahrungen als ein Manko für den späteren Berufseinstieg gilt. Aber es gibt Angebote
652 staatlicher Förderung für Unternehmen, wenn sie behinderte junge Menschen ausbilden und ihnen
653 Weiterbeschäftigungschancen einräumen. Diese Angebote wollen wir aktivieren, bewerben und den
654 Betrieben wie den Jugendlichen selbst nahe bringen. Insgesamt ist das Förderangebot in dieser Hinsicht
655 weiter zu verbessern und auszubauen.

656 Für eine weitere, arbeitsmarktpolitisch vernachlässigte Gruppe setzen wir uns ein: Die jungen
657 Erwachsenen zwischen 25 und 35 Jahren ohne abgeschlossene Berufs- oder sogar Schulausbildung.
658 Hier fordern wir Stärkung und Ausbau vorhandener Initiativen, die dieser Gruppe durch geeignete Aus-
659 und Weiterbildungsmöglichkeiten eine zweite Chance auf einen Berufseinstieg bieten. Das nutzt den
660 jungen Menschen - und kann zugleich einen wichtigen Beitrag zur Deckung des landesweiten
661 Fachkräftebedarfs leisten.

662

663 Angesichts der Herausforderungen, die mit dem lebenslangen Lernen verbunden sind, erhält die
664 allgemeine, politische und kulturelle **Weiterbildung** zunehmende Bedeutung, zumal der
665 Weiterbildungsbereich bereits heute von seinen Teilnehmerzahlen her der größte Bildungssektor ist.

666 Es gilt, die Rahmenbedingungen für die Weiterbildung weiter zu verbessern. Es muss ermöglicht
667 werden, dass jede Bürgerin und jeder Bürger, unabhängig von der individuellen sozialen Lage, ein
668 breites Spektrum von Beratungs- und Bildungsangeboten nutzen kann. Dazu gilt es das Netz an
669 Volkshochschulen und anderen Weiterbildungsträgern in seiner Vielfalt zu erhalten, zu stützen und
670 finanziell besser auszustatten.

671 Praktika sind keine Arbeits-, sondern Lernverhältnisse. Sie sollen daher in den Geltungsbereich des
672 Berufsbildungsgesetzes aufgenommen werden. Für alle Praktika, ausbildungs- wie studienbegleitende,
673 soll eine Vergütung von mindestens 300 Euro im Monat erfolgen. Praktikantinnen und Praktikanten mit
674 Ausbildungs- oder Studienabschluss wiederum soll in der Regel der Berufseinstieg über reguläre
675 Arbeitsverträge mit den gängigen Probezeiten ermöglicht werden; oder es sind ordentliche
676 Honorarverträge abzuschließen. In beiden Fällen sind die branchenüblichen Mindestlöhne zu zahlen.
677 Schülerpraktikantinnen und -praktikanten sollen mindestens für den anfallenden zusätzlichen Aufwand
678 entschädigt werden.

679

680

681 **Mehr Lebensqualität.**

682

683 Vielerlei Umstände müssen zusammen kommen, damit Menschen ein gutes Leben führen können -
684 private wie gesellschaftliche. Aber bestimmte Grundvoraussetzungen dafür braucht jeder Mensch. Er
685 braucht Energie. Er braucht sauberes Trinkwasser. Er braucht angemessenen Wohnraum. Sichere
686 Lebensmittel. Gesundheitliche Versorgung. Er braucht Kommunikation aller Art - von der Mobilität bis
687 zum persönlichen, fernmündlichen, schriftlichen und virtuellen Informationsaustausch. Er braucht den
688 Zugang zur Verteilung von öffentlichen Gütern und von Waren und zu elementaren
689 Finanzdienstleistungen. Schließlich geht es um die Erlangung des notwendigen Wissens und der
690 notwendigen Kulturtechniken, die der Mensch braucht, um in der modernen Welt bestehen zu können.

691 Und es geht um mehr: Es geht nicht nur um die Versorgung, sondern auch um die Entsorgung. Nicht nur
692 um die Bereitstellung von Energie und Transportmitteln, sondern auch um die damit verbundenen
693 Belastungen für Mensch, Natur und Umwelt. Nicht nur um Trinkwasser, sondern auch um Abwasser.
694 Nicht nur um den Konsum, sondern auch um dessen Rest - den Müll. Nicht nur um die Organisation von
695 (großen) Gemeinwesen, sondern auch um die Gewährleistung von Hygiene und Sauberkeit dort. Um
696 Seuchenschutz und Prophylaxe. Um den Katastrophenschutz.

697 All diese Dinge gehören zur **öffentlichen Daseinsvorsorge**. Was sie zu leisten hat, darf nicht von den
698 Regeln des Marktes bestimmt und nicht den Gesetzen des Profitstrebens unterworfen werden.
699 Daseinsvorsorge - das bedeutet staatliche Verantwortung und kommunale Pflicht. Alle
700 Brandenburgerinnen und Bürger haben das Recht auf elementare öffentliche Leistungen. Vor dem
701 Hintergrund der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung in Berlin nahen und Berlin fernen Regionen
702 bedarf es neuer Konzepte, um die öffentliche Daseinsvorsorge auch künftig zu sichern.

703

704 Wir haben es seit 2009 geschafft, alle **Krankenhaus**-Standorte in Brandenburg zu erhalten und die
705 flächendeckende Versorgung mit Krankenhausleistungen auch künftig zu sichern. Die Einführung
706 planbarer Investitionspauschalen hat für Krankenhäuser eine höhere Flexibilität der
707 Fördermittelverwendung und größere Investitionsspielräume für Krankenhausträger geschaffen. Die
708 Stärkung der Krankenhäuser als Anker der gesundheitlichen Versorgung bleibt Richtschnur unserer
709 Gesundheitspolitik. Nur so wird es in Zukunft möglich sein, die medizinische Versorgung im ganzen
710 Land sicherzustellen. Krankenhäuser und Rehakliniken müssen in die Lage kommen, ambulante
711 Versorgung anzubieten. Das hilft den Menschen in der Region - und stärkt gleichzeitig wieder die
712 Standorte. Um das durchzusetzen, braucht es mehr Gestaltungsspielraum für die Länder.

713 Zur Stärkung der kommunalen Krankenhäuser befördern wir Bestrebungen für weitere Vernetzungen
714 und Kooperationen. Wir halten einen brandenburgischen Verband der kommunalen Krankenhäuser für
715 sinnvoll.

716

717 Was die Finanzierung der Krankenhäuser angeht, so wollen wir sie für die kommende Wahlperiode
718 auf mindestens derselben Höhe wie seit unserem Regierungseintritt 2009 (400 Millionen €) halten, um
719 bei knapper werdenden Ressourcen Versorgungsqualität und die erreichten Standards zu erhalten.

720 Die gesundheitliche Betreuung vor allem in den weniger dicht besiedelten Regionen verlangt jedoch
721 mehr als stabile Krankenhäuser. Wir haben uns gemeinsam mit den Akteuren des Gesundheitswesens
722 in Brandenburg dabei bereits auf einen guten Weg gemacht.

723 Das Brandenburger Modell der Gemeindeschwester AGNES II ist ein bundesweit bislang
724 unübertroffenes Modell zur Betreuung von Patientinnen und Patienten und zur Entlastung von Ärztinnen
725 und Ärzten durch besonders geschultes medizinisches Personal. Wir wollen, dass die
726 Gemeindeschwester AGNES zum Standard im Land wird - für alle bedürftigen Patientinnen und
727 Patienten, unabhängig von ihrer Krankenkasse.

728 In dünn besiedelten Regionen muss die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten durch attraktive Arbeits-
729 und Lebensbedingungen und durch bessere Rahmenbedingungen für die hausärztliche Berufstätigkeit
730 unterstützt werden.

731 Wie die Erfahrung zeigt, reicht aber auch das alles nicht aus. Die künftige Sicherstellung der
732 flächendeckenden gesundheitlichen Versorgung einer immer älter werdenden und zahlenmäßig
733 abnehmenden Bevölkerung erfordert neuartige Versorgungsmodelle, die es zu entwickeln, erproben und
734 umzusetzen gilt. Das kann nur mithilfe gemeinsamer Aktivitäten aller Akteure der gesundheitlichen
735 Versorgung und unter Einbeziehung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen gelingen. Den Raum
736 dafür bildet die Arbeit im gemeinsamen Landesgremium.

737 • Dazu werden auch künftig medizinische Versorgungszentren zählen, die mit angestellten
738 Ärztinnen und Ärzten die ambulante Betreuung mit absichern. Auch die Möglichkeit, dass
739 Ärztinnen und Ärzte direkt bei der Kassenärztlichen Vereinigung angestellt werden, kann Wege
740 zu stabilerer Betreuung eröffnen.

741 • Bereitschaftspraxen“ an Krankenhäusern wie derzeit schon in Potsdam, Eberswalde und
742 Cottbus durch die Kassenärztliche Vereinigung und den Krankenhäusern geführt, helfen
743 Patientinnen und Patienten bei akuten, aber nicht lebensbedrohlichen Erkrankungen und
744 entlasten den ärztliche Bereitschaftsdienst der Rettungsstellen.

745 • Weite Wege zwischen Arzt und Patientinnen und Patienten können aber auch einfach vermieden
746 werden - durch die Nutzung der heutigen Kommunikationstechnologien, durch Telemedizin.
747 Kontinuierlich zu überwachende medizinische Werte können durch moderne, leicht zu
748 bedienende Geräte auch zu Hause von den Patientinnen und Patienten selbst erfasst, via
749 Internet an Fachleute übertragen und dort ausgewertet werden. Im Notfall ist der Arzt dann
750 schnell vor Ort - oder der/die Hilfsbedürftige schnell in die Klinik geholt.

751 • Zur weiteren Sicherstellung der flächendeckenden gesundheitlichen Versorgung sind bisherige
752 modellhafte mobile Versorgungsformen, wie mobile Zahnarztpraxen oder der Patientenbus,
753 auszubauen.

754
755 Landesweit streben wir eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) an. Er spielt eine
756 wichtige Rolle bei der Vorbeugung von Krankheiten und insbesondere für die Gesundheit der Kinder. In
757 den letzten Jahren ist er bundesweit Stück für Stück an den Rand des öffentlichen Bewusstseins und
758 der Politik geraten - gegen den Widerstand der LINKEN, denn als dritte Säule des Gesundheitswesens
759 steht er vor allem für Prävention und Gesundheitsvorsorge. Die Arbeit des ÖGD muss erleichtert und
760 öffentlich aufgewertet werden. Wir sehen den Öffentlichen Gesundheitsdienst als wichtigen Partner für
761 alle Beteiligten bei ihren Bemühungen um die Gesundheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger
762 an. Gesundheitsämter und niedergelassene Ärzte z.B. können und sollen aus unserer Sicht verstärkt
763 zusammenarbeiten. Gesundheitsvorsorge ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. DIE LINKE setzt
764 sich für ein Bundesgesetz zur Förderung der Prävention ein.

765 Das „Netzwerk Gesunde Kinder“ und das „Bündnis Gesund aufwachsen“ setzen sich dafür ein, dass
766 Kinder und Jugendliche in Brandenburg gesund aufwachsen. Diese sollen weiterhin unterstützt werden.

767 Für die gesundheitliche Versorgung im Land ist die **Sicherung des Fachkräftebedarfs** eine zentrale
768 Frage. Wir brauchen Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegefachkräfte im Land. Wir möchten weitere
769 Kooperationsvereinbarungen der brandenburgischen Krankenhäuser zur Ärzte-Ausbildung vor. Die
770 erfolgreiche Kooperation zwischen Brandenburger Lehrkrankenhäusern und der „Charité –
771 Universitätsmedizin Berlin“ und der Universität Rostock soll fortgesetzt und ausgebaut werden und
772 weitere Kooperationsmöglichkeiten erschlossen werden. Einen guten Weg eröffnet auch die
773 Unterstützung z.B. von Krankenhäusern für Medizinstudentinnen und -studenten, sofern diese sich
774 bereit erklären, nach Abschluss der Ausbildung mindestens drei Jahre dort zu arbeiten.

775

776 Gute häusliche, ambulante und stationäre **Pflege** wird für immer mehr Brandenburgerinnen und
777 Brandenburger wichtig. Seit Einführung der Pflegeversicherung in den 90er Jahren haben sich die

778 Anforderungen gewandelt. Ein neuer Begriff von Pflegebedürftigkeit entsteht, der den bedürftigen
779 Menschen stärker ins Zentrum rückt - damit auch Demenzkranke. Die damit verbundenen Einsichten
780 müssen jedoch im notwendigen Umfang um- und durchgesetzt werden. Die Bundesregierung
781 verschleppt die Dinge mehr als dass sie sie fördert. Bereits beschlossene Beitragssteigerungen
782 kommen nur teilweise direkt den Pflegebedürftigen zugute; die bezahlte Freistellung von pflegenden
783 Angehörigen ist zu kurz.

784 Aber auch im Land können und müssen Dinge angepackt werden.

785 Das beginnt auch hier mit der praktischen Durchsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes. Für
786 bislang knapp die Hälfte der in Brandenburg zugelassenen ambulanten Pflegedienste - die im
787 Fachverband organisierten - gibt es seit Jahresende 2013 eine entsprechende Vergütung, für die von
788 ihnen Betreuten mehr Leistungen.

789 In anderen Fällen reagieren die Kostenträger zu schleppend und die in Brandenburg zuständigen
790 Kommunen nehmen ihre Verantwortung sehr unterschiedlich wahr. Das betrifft auch die Bezahlung der
791 Pflegekräfte.

792 Wir werden dafür sorgen, dass die Landespolitik auf hohe Standards bei der Pflege im ganzen Land
793 drängt. Das kann durch

- 794 ● Schaffung von Standards in der Bedarfsermittlung
- 795 ● Kontrolle und Verbesserungen der Strukturen der Aufsicht für wohnunterstützende Maßnahmen
- 796 ● Verbesserung der Rahmenbedingungen für Assistenzmodelle
- 797 ● Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte
- 798 ● Deinstitutionalisierungs-Konzepte und -Programme
- 799 ● Schaffung alternativer Wohnformen mit individuellen Lösungskonzepten und
- 800 ● Allgemeinverbindlicherklärungen bei der Bezahlung der Pflegekräfte

801 geschehen. Dabei folgen wir dem Grundsatz „ambulant vor stationär“.

802 Auch im Pflegebereich brauchen die Beschäftigten eine starke Interessenvertretung. Dies kann durch
803 die Einrichtung einer Pflegekammer geschehen. Sie würde - sofern die Idee bei den Betroffenen auf
804 Gegenliebe stößt - das gesamte Pflegepersonal umfassen und mit ähnlichen Einflussmöglichkeiten
805 ausstatten wie Ärzteschaft oder Apothekerinnen und Apotheker.

806 Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wird auf lange Zeit eine Herausforderung für alle Betroffenen
807 und Beteiligten sein. Brandenburg hat dazu in den letzten Jahren mit der INNOPUNKT-Initiative „Beruf,
808 Familie, Pflegen. Neue Vereinbarkeitslösungen für Brandenburg“ nach eigenen Wegen gesucht. Die
809 dabei gemachten Erfahrungen müssen nun breit ausgewertet und in neue Initiativen überführt werden.
810 Klar ist, dass umfassende Information, individuelle Beratungsangebote sowie die flächendeckende
811 Vernetzung aller relevanten Akteure Voraussetzung einer erfolgversprechenden Entwicklung sind.

812

813 Alles Leben ist endlich. Wer aus dem Leben scheidet, soll würdevoll und human sterben können.
814 Hospize bieten dafür eine Möglichkeit. Wir wollen sie stärken und stabilisieren.

815 Für die Bedingungen im ländlichen Raum brauchen wir auch angemessene Finanzierungsstrukturen auf
816 Bundesebene, beispielsweise für die ambulanten Hospizdienste.

817

818

819 Brandenburg ist auf dem Weg zu einem **kinderfreundlichen Land**. Dafür wird bereits viel getan, aber
820 es bleibt auch noch viel zu tun.

821 Die Rechte des Kindes sind für uns ein hohes Gut. Sie sollen Leitlinien staatlichen Handelns sein. Um
822 dies zu gewährleisten wollen wir eine unabhängige Monitoringstelle einrichten.

823 Kinder und junge Menschen unter 25 Jahren gehören zu den am meisten von Armut gefährdeten
824 Altersgruppen in Brandenburg. Knapp 27 Prozent der Unter-3-Jährigen leben in Familien mit Hartz-IV-
825 Leistungen. Dabei gibt es starke regionale Unterschiede: Im Landkreis Uckermark und in Frankfurt
826 (Oder) liegt der Anteil bei über 40 Prozent!

827 Das ist ein Zustand, mit dem sich die Gesellschaft auf Dauer nicht abfinden darf. Die Forderung der
828 LINKEN nach einer armutsfesten Grundsicherung für Kinder bleibt aktuell!

829 Kinderarmut ist kein Problem, das isoliert gelöst werden kann. Notwendig sind Konzepte und
830 Maßnahmen, die den Familien als Ganzes zugute kommen. Die Zahl der Kita-Plätze z. B. ist im
831 zurückliegenden Jahrzehnt deutlich gestiegen, ebenso die Zahl der Einrichtungen. Für die Qualität in den
832 Kitas erhält das Land gute Noten. Wir wollen diese starke Position weiter ausbauen. Dazu gehört die
833 Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas für alle Altersgruppen.

834 Nachteile für Kinder und Jugendliche aus armen Familien müssen durch staatliche und gesellschaftliche
835 Anstrengungen so weit wie nur möglich kompensiert werden – durch eine entsprechende Regelung bei
836 der Schülerbeförderung, durch gesundes Mittagessen in den Bildungseinrichtungen, durch finanzielle
837 Zuschüsse mit geringen Zugangshürden. Der Schulsozialfonds z.B. muss leichter zugänglich werden –
838 auch für die Kinder selbst. Man kann im Gegenzug die Kontrolle verbessern – auch das könnte ein
839 Impuls dafür sein, den Fonds wirksamer zu machen.

840 Ein gutes Mittel gegen die Folgen von Kinderarmut sind kostenfreie und unkomplizierte
841 Teilhabeangebote in den Bereichen Sport, Freizeit und Bildung, die von den Kindern selbständig
842 wahrgenommen werden können. Dies gilt auch für das Schulesen oder Klassenfahrten sowie
843 organisierte Kino- oder Theaterbesuche. Ein Instrument, das den Bedürfnissen aller Menschen in Armut
844 gerecht wird, sind „Sozialtickets“ für einkommensschwache Menschen, die ein breites Spektrum an
845 Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Mobilitätsangeboten erschließen. Wir wollen die Sozialtickets für Kinder
846 und Familien in diesem Sinne ausbauen.

847 DIE LINKE. setzt sich weiterhin für den Erhalt des 510-Stellenprogramms in der Jugendarbeit ein. Wir
848 schätzen die Arbeit der Beschäftigten und erkennen den Wert für das Zusammenleben in unserem
849 Gemeinwesen. Zusätzlich möchten wir allen Schulen, die dies wünschen den Einsatz einer
850 Schulsozialarbeiterin bzw. eines Schulsozialarbeiters ermöglichen. Klar ist dabei, dass dies nicht
851 zulasten des 510-Stellenprogramms der Jugendarbeit gehen soll.

852 Viele junge Menschen engagieren sich im Rahmen von Freiwilligendiensten in den Bereichen Ökologie,
853 Soziales und Kultur. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft und für ihre
854 eigene Entwicklung. DIE LINKE. sorgt dafür, dass der Umfang der Einsatzstelle erhalten bleibt und nach
855 Möglichkeit weitere Stellen auch in neuen Einsatzgebieten, wie dem Sport oder für die Demokratie
856 dazukommen werden.

857 Initiativen, Vereine und Verbände sorgen dafür, dass junge Menschen vielfältige Freizeitangebote
858 wahrnehmen, Jugendeinrichtungen besuchen, an Austauschprogrammen teilnehmen und sich selbst
859 verwirklichen können. Sie sind wichtige Sozialisationsinstanzen für das Aufwachsen in unserem Land.
860 DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, dass diese wichtige Arbeit auch in Zukunft angemessen gefördert
861 wird und Träger wie Angebote sich weiter entwickeln können.

862

863 "Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der
864 **Geschlechter.**" An diesem Anspruch, den August Bebel vor gut 140 Jahren formulierte, muss sich auch
865 der Fortschritt in Brandenburg messen lassen. Darin sehen auch wir eine wichtige Messlatte. Unser
866 Land hat in dieser Hinsicht allerdings noch viel aufzuholen.

867 Es stimmt hoffnungsvoll, dass der Anteil junger Frauen an denjenigen, die unser Land verlassen, nicht
868 mehr überdurchschnittlich hoch ist. Aber nach wie vor liegen auch in Brandenburg die Löhne und
869 Gehälter von Frauen bei gleicher Qualifikation unter den vergleichbaren Bezügen von Männern. Gleicher
870 Lohn für gleiche Arbeit ist ein elementares Gebot des Anstandes und kein besonderes Geschenk an

871 Frauen. Ein kraftvolles, selbstbewusstes „Wir verdienen mehr!“ aus dem Mund der brandenburgischen
872 Frauen ist mehr als angebracht und findet unsere volle Unterstützung!

873 Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist dramatisch gering. Eine Frauenquote von 50 Prozent für
874 Führungspositionen ist überfällig. Dabei muss der Öffentliche Dienst als Vorbild voran gehen. Quoten
875 sind allerdings nur ein Mittel und kein Ziel, um paritätische Beteiligung von Frauen zu gewährleisten.

876 Grundsätzlich geht es darum, die Potenziale, die Kreativität und die Schöpferkraft der Frauen in
877 Wirtschaft und Verbänden, in Politik und Verwaltung, in Kultur und Wissenschaft für nachhaltige
878 gesellschaftliche Entwicklung voll zur Geltung zu bringen.

879 Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die
880 Frauen im Beruf, in der Politik, in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert. Alle
881 Politikbereiche müssen ihren Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit leisten. Ein selbstbestimmtes Leben
882 erfordert eine andere Verfügungsmöglichkeit über die vorhandene Zeit: für Erwerbsarbeit, für Familie,
883 für Bildung und kulturellen Austausch, für politische Einmischung, für ausreichend Erholung und Zeit für
884 sich selbst. Wir brauchen Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit
885 Familie und Privatleben zu vereinbaren; Arbeitszeit ist so zu gestalten, dass alle die Möglichkeit haben
886 Beruf, Familie Freizeit und Engagement in ihren Alltag zu integrieren.

887 Im Zusammenwirken mit dem Frauenpolitischen Rat wurde mit dem Gleichstellungspolitischen
888 Rahmenprogramm 2011 bis 2014 ein konkretes Maßnahmenpaket verabschiedet, um die
889 Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranzubringen und
890 strukturelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Das Programm wird im Dialog mit
891 Frauenorganisationen und Initiativen regelmäßig aktualisiert und mündet in konkreten Schritten im
892 Sinne der weiteren Gleichstellung von Frauen. Die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des
893 Öffentlichen Dienstes im Bereich der Gleichstellungs- und Genderpolitik deutlich zu verbessern, gehört
894 für uns dazu.

895 Wir streben deutlich mehr Unabhängigkeit für die Gleichstellungsbeauftragten in Land und Kommunen
896 an. Im Land sollte die Gleichstellungsbeauftragte allein dem Ministerpräsidenten unterstellt sein. In den
897 Kommunen wäre viel gewonnen, wenn die Schwelle für die Berufung hauptamtlicher
898 Gleichstellungsbeauftragter gesenkt würde. Derzeit ist das nur bei Städten mit mehr als 30.000
899 Einwohnern möglich - wir wollen diese Grenze auf 20.000 bis maximal 25.000 senken. Damit hätten
900 dann nicht nur fünf, sondern knapp 30 Städte eine kommunale Gleichstellungsbeauftragte.

901 Wir brauchen ein soziokulturelles Umfeld, das Frauen nicht nur eine berufliche und familiäre Perspektive
902 eröffnet, sondern ein attraktives, freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht und dadurch neue
903 gesellschaftliche Entwicklungspotenziale freisetzt. Die Entwicklung in den ländlichen Räumen erweist
904 sich dabei als besondere Herausforderung. Durch den Rückbau von Strukturen sind besonders die
905 Frauen betroffen - z.B. durch eingeschränkte Mobilität. Es geht um die Schaffung gleichwertiger
906 geschlechtergerechter Lebensbedingungen.

907 Wir wollen eine emanzipatorische und zukunftsweisende Familienpolitik. Familienpolitik muss allen
908 Menschen ein gutes planbares Leben ohne Zukunftsangst ermöglichen. Dafür müssen öffentliche
909 Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut werden. Für junge Mütter, erst recht für
910 Alleinerziehende, werden wir zielgerichtete materielle und immaterielle Unterstützung sichern, wenn es
911 um den Ausbildungsabschluss bzw. den Start in die Berufstätigkeit geht.

912 Verbale und erst recht tätliche Gewalt gegen Frauen muss ausgemerzt werden. Opfern von Gewalt
913 gehört unsere ganze Zuwendung. Wir sorgen für die Finanzierung und für die Arbeitsfähigkeit von
914 Frauenhäusern. Dazu gehört Barrierefreiheit.

915 Auch wir in der LINKEN müssen lernen, die Formen des Umgangs und unserer politischen Arbeit so zu
916 verbessern, dass sie für auch für Frauen mit Familie und Beruf attraktiv sind, dass sie vor allem auch bei
917 jungen Frauen politisches Mitmachen befördern.

918 Ein neuer Aufbruch im gesellschaftlichen Bewusstsein steht an.

919

920 Das gilt auch für die Verbesserung der Lebensbedingungen von **Menschen mit Behinderung** in
921 unserem Land. Betroffen sind hier alle Bereiche des Lebens - der Maßstab lautet: Inklusion. Jeder
922 Mensch soll sich - unabhängig von seinen individuellen Voraussetzungen - so wie alle anderen,
923 vollständig und gleichberechtigt und von Anfang an, an allen gesellschaftlichen Prozessen beteiligen
924 können.

925 Deswegen ist es auch an der Zeit, in der neuen Landtagsfraktion nicht mehr eine behindertenpolitische
926 Sprecherin oder einen behindertenpolitischen Sprecher zu berufen, sondern das Thema heißt:
927 inklusionspolitisch!

928 Wir setzen uns also ein für:

- 929 • altersgerechte und barrierefreie Arbeitsplätze
- 930 • verbesserte Möglichkeiten von Menschen mit Behinderung auf dem 1. Arbeitsmarkt
- 931 • Bindung der Fördergeldern auch an das Kriterium der Barrierefreiheit und Sanktionierung bei Verstoß
- 932 • Verbesserung des Übergangs von der Werkstatt für Menschen mit Behinderung auf den 1.
933 Arbeitsmarkt mit Rückkehrrecht und ohne Einbußen
- 934 • seniorengerechter und barrierefreier Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
- 935 • Verbesserung der Berufsausbildung in anerkannten Berufen
- 936 • Aufnahme der Norm Barrierefreies Bauen (DIN 18040 Teil1 und 2) in die Bauordnung

937

938 Auch der bzw. die Landesbehindertenbeauftragte brauchen mehr Unabhängigkeit. Er bzw. sie sollte
939 ebenfalls direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt sein.

940 Das Leben mit Behinderungen ist auch mit besonderen finanziellen Belastungen verbunden. Zum
941 Ausgleich dieser Belastungen gibt es z. B. das Landespflegegeld - in anderen Ländern als Blindengeld
942 bezeichnet. Es beträgt in Brandenburg 266,- € monatlich für Erwachsene und für Kinder die Hälfte.
943 Brandenburg steht damit am unteren Ende im Ländervergleich. Damit soll Schluss sein - wir wollen eine
944 Erhöhung des monatlichen Blindengeldes.

945

946

947 **Sicheren und bezahlbaren Wohnraum** zu finden, wird mittlerweile in einigen Städten und im
948 Ballungsraum um Berlin immer schwieriger. In anderen Gegenden bereiten Leerstand und die fehlende
949 ökonomische Kraft Probleme.

950 Mieterinnen und Mieter müssen durch Ausgleich von Vermieter- und Mieterinteressen geschützt
951 werden. Dazu bleibt die Fortsetzung der Bundesfinanzierung bei der Wohnraumförderung
952 Voraussetzung. Wir werden die Wohnraumförderung im Land fortsetzen und die Kofinanzierung für
953 entsprechende Bundesprogramme - wie etwa für die Soziale Stadt - sicherstellen. Wo dies
954 bundesrechtlich ermöglicht wurde und der Sache nach geboten ist, werden wir eine Mietpreisbindung
955 einführen.

956 Wir haben das Landeswohnungsbauvermögen wieder eröffnet. Diesen Fonds, der rückzahlpflichtige
957 Darlehen, nicht Zuschüsse ausreicht, werden wir als nachhaltiges Finanzierungsinstrument weiter
958 nutzen, um den Mietwohnungsbau, aber auch das Wohneigentum zu fördern. Neben den energetischen,
959 sozialen und demografischen Herausforderungen sollen insbesondere auch die Probleme von
960 angespannten Wohnungsmärkten berücksichtigt werden. In Abhängigkeit der weiteren
961 Zinsentwicklungen wollen wir bis zu 50 Millionen. € pro Jahr aus dem Landeswohnungsbauvermögen
962 bereitstellen und dabei des Landeswohnungsbauvermögen weiter entschulden.

963 Die Verlängerung von Mietpreis- und Belegungsbindungen ist für uns ein weiteres Instrument, um auf
964 die angespannten Wohnungsmärkte in Potsdam und dem Berliner Umland zu reagieren.

965 Im Dialog mit den Akteuren sollen Fortsetzung und Flexibilisierung von Mietpreis-, und
966 Belegungsbindungen zum Erhalt der sozialen Mischung der Wohnquartiere und der Erweiterung
967 bezahlbaren Wohnraums zielgenau gestaltet werden.

968 Zunehmend gibt es Bedarf an seniorenrechtlichen, barrierefreien Wohnungen. Dem tragen wir Rechnung.
969 Die finanzielle Förderung neuer Wohnformen (z. B. Senioren WGs) muss so wenig kompliziert wie
970 mögliche gestaltet werden.

971

972 Heute ist **Mobilität** Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

973 Im Land Brandenburg sind viele Menschen auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
974 angewiesen, um ihre Arbeitsstätte zu erreichen und wieder nach Hause zu kommen. Knapp 30% der
975 Erwerbstätigen im Land Brandenburg pendeln zu ihren Arbeitsplätzen außerhalb des Landes, sei es
976 nach Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Polen. Doch die Zukunft des ÖPNV ist heute ungewisser
977 denn je. So ist im Grundgesetz verankert worden, dass die Mittel des Bundes für den Ausbau von
978 Busnetzen, Straßenbahnen und U-Bahnen spätestens ab 2020 den Ländern gar nicht mehr zur
979 Verfügung stehen. Auf der einen Seite will der Bund im städtischen Nahverkehr einen ungezügelter
980 Wettbewerb und die Privatisierung der Bahn. Das lehnen wir ab. Auf der anderen Seite ist im
981 Personenbeförderungsgesetz die Umsetzung der Barrierefreiheit bis zum Jahr 2022 festgeschrieben.
982 Dieses Ziel unterstützen wir. Das Land darf aber bei der Finanzierung nicht allein gelassen werden.

983 Uns geht es um integrierte regionale Verkehrskonzepte, die überregional angebunden sind. Dazu gehört
984 für uns, dass das Land seinen Beitrag zum Erhalt von nachhaltigen Verkehrsträgern im Land
985 Brandenburg wie Straßenbahnen und O-Bussen leisten muss.

986 Das Mobilitätsticket, das im Land für Geringverdiener angeboten wird, wollen wir aufrechterhalten. Eine
987 Ausweitung auf das Land Berlin soll weiterverhandelt werden.

988 Fast der komplette Bahnfernverkehr hält nicht mehr auf Brandenburger Bahnhöfen. Das wollen wir
989 wieder ändern. Wir werden uns für mehr Fernverkehrshalte im Land Brandenburg einsetzen.

990 Regionale Verkehrsverbünde sind zu unterstützen. Der bestehende Verkehrsverbund Berlin-
991 Brandenburg soll fortgeführt und weiter ausgebaut werden.

992 DIE LINKE prüft Modelle und Studien zur Einrichtung eines kommunalen Personennahverkehrs ohne
993 Einzelfahrschein und unterstützt Vorhaben in diese Richtung. Langfristig soll die gesellschaftliche
994 Debatte um einen über Steuern finanzierten und somit für die Endverbraucherinnen und -verbraucher
995 gebührenbefreiten ÖPNV geführt werden.

996 Für uns hat die Stärkung des ÖPNV Vorrang vor dem Individualverkehr. Ebenso gilt für uns: Wo immer
997 möglich, muss Schwerlastverkehr auf Schienen und Wasserstraßen verlagert werden.

998 Brandenburg muss sich selbst und gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass die vorhandenen und
999 genutzten Schienenwege und Wasserstraßen in ihrem Bestand instand gehalten und durch
1000 Modernisierung den Anforderungen einer weiteren Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf
1001 Schiene und Wasser gerecht werden können."

1002 Angesichts der bereits erreichten Dichte unserer Straßenverkehrsinfrastruktur muss sich eine
1003 vorausschauende Verkehrspolitik auf die Qualifizierung der Funktionsfähigkeit der bestehenden Netze
1004 sowie auf intelligente Strategien zur Verkehrsvermeidung, Verkehrsabwicklung und Verkehrslenkung
1005 konzentrieren. Planungen von verkehrlichen Infrastrukturvorhaben sind im Dialog mit Nutzerinnen und
1006 Nutzern und Betroffenen sorgfältig abzuwägen. Durch einen Nachhaltigkeitscheck sind die Folgen für
1007 die Umwelt zu ermitteln.

1008

1009 Mobilität kann aber auch erleichtert und teilweise vermieden werden. Ein innovativer Ansatz sind *soziale*
1010 *Ankerpunkte*. Damit ist eine Kombination von öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Vereinen
1011 und Verbänden sowie ehrenamtlichem bürgerschaftlichen Engagement gemeint, das vor allem im
1012 dünner besiedelten ländlichen Raum die Funktionen von sozialer Infrastruktur, Gemeinwesenintegration
1013 und gesellschaftlicher Teilhabe räumlich konzentriert und verknüpft. Soziale Ankerpunkte sollen keine
1014 kalten Verwaltungsstuben sein, sondern Anlaufpunkte für Fürsorge und Unterstützung, für moderne
1015 Kommunikation nach außen und traditionelle Kommunikation miteinander. Kultur, Service,

1016 Selbstorganisation, Behörden-Guides, eGovernment-Schalter. Rechtsberatung durch Vereine oder
1017 Gewerkschaften. Mobile Bibliotheken und anderes – das alles kann nicht von allein „von oben“
1018 organisiert werden. Voraussetzung für den Erfolg all dieser Ansätze ist, dass die Akteurinnen und
1019 Akteure vor Ort die Handlungsfreiheit bekommen, mit ihren eigenen Stärken die eigenen Probleme zu
1020 lösen. Das schließt ein, das Ehrenamt zu stärken und stärker anzuerkennen.

1021 Andererseits braucht solches Engagement auch Begleitung und Ressourcen. Verwaltung und
1022 Daseinsvorsorge müssen neu organisiert, starre Grenzen zwischen Ressorts und Aufgabenträgern
1023 Schritt für Schritt überwunden werden. Das reicht bis hinein in bundesrechtliche Regelungen. Soziale
1024 Ankerpunkte könnten über Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden.

1025

1026 Brandenburg weist eine reiche und weit gefächerte **Kulturlandschaft** auf. Der kulturelle Reichtum
1027 gehört zur Lebensqualität in Brandenburg und prägt die regionalen Identitäten im Land. Ein Großteil der
1028 kulturellen Infrastruktur ist in den vergangenen Jahren erneuert oder modernisiert worden. In den
1029 vergangenen zwei Jahrzehnten hat es aber auch einige tiefe Einschnitte in das öffentliche Kulturangebot
1030 gegeben, die von veränderten Ansprüchen der Menschen, vor allem aber durch finanzielle Engpässe und
1031 die Folgen des demografischen Wandels bedingt waren.

1032 Wir wollen dem kulturellen Leben Entwicklungsräume und Perspektiven öffnen.

1033 Unser Leitmotiv lautet auch hier: Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit im Effekt auf Schöpferkraft und
1034 Solidarität in unserer Gesellschaft, Nachhaltigkeit in Bezug auf das zivilisatorische Niveau unseres
1035 Zusammenlebens und natürlich auch Nachhaltigkeit im Hinblick auf wirtschaftliche Tragfähigkeit und
1036 ökologische Bilanz.

1037 Als nachhaltig erweisen sich vor allem solche Netzwerke, die stabile Kultureinrichtungen, feste
1038 Ensembles, freischaffende Künstlerinnen und Künstler, Laiinnen und Laien sowie Ehrenamtliche,
1039 Lernende und Kulturinteressierte integrieren und somit für ein „selbstgemachtes“ Kulturleben vor Ort
1040 sorgen, das auf das ganze Gemeinwesen ausstrahlt, aktiviert und Identität stiftet. Musik- und
1041 Kunstschohlen, Chöre und Kantoreien, Malzirkel und Jugendtheatergruppen wirken nachhaltig, da sie
1042 selbsttätige Kultur in einem breiten sozialen Spektrum von Generation zu Generation weitertragen.
1043 Eventkultur kann nachhaltig sein, wenn sie in periodischer Form organisiert wird, wenn sie der
1044 Förderung von Kunst bzw. künstlerischer Ausbildung dient und wenn sie lokal oder regional fest im
1045 gesellschaftlichen Leben verankert ist. Die Kulturpolitische Strategie des Landes ist bei Bedarf den sich
1046 verändernden realen Erfordernissen anzupassen. Die Förderung des Kulturbundes muss erhalten
1047 bleiben.

1048 Um die Kultur nachhaltig in unserer Gesellschaft zu verankern, braucht es die finanzielle Verpflichtung
1049 und den inhaltlichen Gestaltungswillen des Landes ebenso wie das eigenverantwortliche Engagement
1050 der Bürgerinnen und Bürger. Kulturelles Leben braucht kreative Akteurinnen und Akteure ebenso wie
1051 gute Organisatoren. Das finanzielle Engagement des Landes ist dort am besten eingesetzt, wo das
1052 Zusammenwirken möglichst vieler Kultur-Akteurinnen und -Akteure unterstützt wird. Besonders
1053 gefördert werden sollten künstlerische Innovation, die Pflege unseres kulturellen Erbes, die Verbreitung
1054 kultureller Kompetenz und der internationale Kulturaustausch. Unterstützung verdienen auch Projekte,
1055 die zur kulturtouristischen Entwicklung der Regionen beitragen, insbesondere im ländlichen Raum.

1056 Der Erhalt der Gedenkstätten in ihre Bedeutung zur geschichtlichen Aufarbeitung/Bildung,
1057 insbesondere für die Jugend, und für den ansteigenden Tourismus aus dem In- und Ausland hat unsere
1058 Unterstützung. Die Finanzierung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten muss weiterhin
1059 gewährleistet sein.

1060 Für die vielfältigen Denkmale in unserem Land, insbesondere zu ihrem Schutz vor dem Verfall, wollen
1061 wir einen Denkmalfonds einrichten.

1062 Die Fördersumme für die Musik- und Kunstschohlen wollen wir auf 5 Millionen € steigern. Insbesondere
1063 die Beachtung der zunehmenden Schülerzahl/Teilnehmer kommt einer besonderen Bedeutung zu, die
1064 finanzielle Beteiligung des Landes ist dem realen Bedarf anzupassen.

- 1065 Wenn es um Landesentwicklungsplanung geht, sollten wir nicht nur über industrielle Kerne reden,
1066 sondern auch die kulturellen Kerne benennen. Dazu zählen unter anderem die Theater als Leuchttürme
1067 der Kulturlandschaft und Knotenpunkte von regionalen kulturellen Netzwerken.
- 1068 Die öffentliche Finanzausstattung bzw. Förderung institutioneller Kulturträger und freier Strukturen
1069 sollte in einer angemessenen Gewichtung erfolgen, die keine Seite benachteiligt. Noch immer steht auf
1070 der Tagesordnung eine klare Abgrenzung der Kulturaufgaben zwischen Land und Kommunen. Es ist
1071 sinnvoll, die Verantwortlichkeiten bzw. Trägerschaften für regionale Einrichtungen oder lokale Projekte
1072 auf die Landkreise, Städte oder Gemeinden zu verlagern. Dies gelingt nachhaltig aber nur dann, wenn
1073 der Transfer von Verantwortung mit der Übertragung der Finanzausstattung einhergeht. Kultur sollte zu
1074 einer pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe werden; wir befürworten die Verankerung der Kultur im
1075 Staatszielkatalog des Grundgesetzes. Jedoch kann dies nicht die Verantwortung des Landes für die
1076 kulturelle Infrastruktur ersetzen.
- 1077
- 1078 Zu den wichtigsten Kulturgütern gehört der **Sport**. Er hilft, gesund zu leben. Er ist für die
1079 Selbstverwirklichung der Menschen, für Lebensqualität und Identität, für eine aktive Gesellschaft
1080 unverzichtbar. Er vermittelt Werte wie Toleranz, Teamgeist sowie Fairness gegenüber jedermann. Sport
1081 verbindet Menschen.
- 1082 Wir streben die Einheit von Breiten-, Freizeit und Gesundheitssport, von Kinder- und Seniorensport
1083 sowie von Behinderten- und Rehabilitationssport an. Dazu gehören bedarfsgerechte und barrierefreie
1084 Sportstätten, ein förderliches Vereinsrecht sowie breites ehrenamtliches Engagement, das
1085 entsprechend zu würdigen ist. Auch Leistungssport soll nachhaltig in Brandenburg beheimatet bleiben –
1086 chancengleich und manipulationsfrei.
- 1087 Wir werden die Zahlungen über die Sportförderung um 1 Millionen € auf dann insgesamt 17 Millionen €
1088 erhöhen. Brandenburg ist und bleibt Sportland!
- 1089
- 1090 Der **Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern** und die Stärkung der Verbraucherrechte sind
1091 ein Kernthema linker Politik. Er setzt den Werbestrategien der Wirtschaft Standards entgegen, die
1092 Bürgerinnen und Bürgern eine selbstbestimmte Entscheidung über ihr Konsumverhalten und die
1093 Wahrnehmung ihrer Rechte ermöglichen.
- 1094 Wir haben 2012 erstmals in Brandenburg eine Verbraucherpolitische Strategie der Landesregierung
1095 durchgesetzt. Jetzt geht es darum, die Ziele, die diese Strategie setzt, auch zu erreichen:
- 1096 Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen gestärkt werden, aber sie müssen diese
1097 Rechte auch kennen.
- 1098 Information, Beratung und Bildungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher haben einen hohen
1099 Stellenwert. Das reicht von Etikettierungsregeln für Produkte über regionale Beratungsangebote bis zu
1100 Lehrinhalten in der Schule. Verbraucherinformation muss alle erreichen können, gerade auch Kinder
1101 und Jugendliche, ältere Menschen und Menschen in prekären Lebenssituationen. Dafür sind spezielle,
1102 auf die Zielgruppen zugeschnittene Angebote nötig. Wir wollen die Verbraucherbildung in der Schule
1103 durch eine Qualifizierung von Lehrkräften und entsprechende Unterrichtsmaterialien stärken.
- 1104 In Zeiten des Internethandels muss Verbraucherberatung auch grenzüberschreitend agieren.
- 1105 Zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ist die Produktüberwachung, insbesondere die
1106 Lebensmittelüberwachung weiterhin abzusichern. Ihre Ergebnisse dürfen nicht geheime
1107 Verschlussache sein, sondern sollen öffentlich transparent gemacht werden. Wir plädieren für die
1108 Einführung eines bundesweit einheitlichen Kontrollbarometers für Gastronomie-Betriebe.
- 1109 Wir werden dafür sorgen, dass Verbraucherzentrale, das Landeslabor und das deutsch-polnische
1110 Verbraucherinformationszentrum entsprechend ausgestattet werden.

1111 Zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern gehören auch der Kampf gegen überhöhte Zinsen
1112 - etwa bei Dispo-Krediten - wie gegen nicht ausreichende Aufklärung über die Risiken der langfristigen
1113 Zinsentwicklungen - etwa bei Immobilienkrediten. Für Immobilienkredite hat das EU-Parlament neue
1114 Regeln beschlossen, wonach Kundinnen und Kunden besser aufgeklärt werden müssen und Darlehen
1115 leichter vorzeitig zurückzahlen können. Gegen überhöhte Dispo-Zinsen kann eine starke
1116 Verbraucherzentrale durch Abmahnung, notfalls vor Gericht erfolgreich vorgehen. Wir setzen uns dafür
1117 ein, dass auf Bundesebene eine gesetzliche Begrenzung von Dispositionszinsen und ein Anspruch auf
1118 ein kostenloses Girokonto eingeführt werden.

1119 Der Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern hat arbeitsfähige Kontrollbehörden und Strukturen
1120 zur Voraussetzung. Die Verbraucherzentrale wollen wir in Zukunft durch gegenseitige Vereinbarungen
1121 überjährig finanzieren. Das Landeslabor haben wir durch einen mehrjährigen Finanzierungsvertrag
1122 personell gut abgesichert. Auch das deutsch-polnische Verbraucherinformationszentrum (VIZ) wollen
1123 wir erhalten und entsprechend dem hohen Bedarf langfristig ausbauen.

1124

1125 Hohe Lebensqualität gibt es nur in einer gesunden Umwelt. Der **Erhalt der natürlichen**
1126 **Lebensgrundlagen** ist für linke Politik ein vorrangiges Anliegen.

1127 Die Großschutzgebiete Brandenburgs (Naturparke und Biosphärenreservate) sind ein Aushängeschild
1128 für das Land. Wir wollen diese Nationalen Naturlandschaften als Schwerpunktbereiche für den
1129 Naturtourismus und Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung fördern und als Motoren der
1130 Regionalentwicklung in ihrer jetzigen Stärke erhalten. Dazu wollen wir die Naturparke und
1131 Biosphärenreservate in eine Stiftung öffentlichen Rechts überführen und langfristig als wichtiger
1132 Wirtschafts- und Standortfaktor im ländlichen Raum sichern.

1133 Wir begreifen den Erhalt der biologischen Vielfalt auch als Chance für den Naturtourismus und die
1134 Regionalentwicklung. Vorhandene Strategien und Regelungen wie die Fauna-Flora-Habitatrichtlinie, die
1135 Nationale Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt, das Programm Nationales Naturerbe und das
1136 Maßnahmenpaket Biologische Vielfalt möchten wir deshalb bestmöglich umsetzen. Alleene sind ein
1137 Markenzeichen für Brandenburg. Wir treten dafür ein, dass der Alleenbestand dauerhaft in seinem
1138 jetzigen Umfang erhalten bleibt.

1139 **Hochwasserschutz** und **Hochwasserrisikomanagement** sind unverzichtbare Schwerpunktaufgaben
1140 der **Daseinsvorsorge für die Bevölkerung**. Ziel ist es, hochwasserbedingten Risiken für die
1141 Menschen, die Umwelt, die Infrastrukturen und das Eigentum zu verringern. In den letzten Jahren hat
1142 Brandenburg sowohl Trockenphasen als auch Wasserüberschuss erlebt. Das Wassermanagement muss
1143 flexibel reagieren können und sowohl Wasserrückhalt als auch Wasserableitung ermöglichen können.
1144 Wir wollen auf parlamentarischer Ebene eine Diskussion über die Ziele der Wasserwirtschaft in
1145 Niederungsgebieten führen und dabei betroffene Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenverbände
1146 einbeziehen. Das Moorschutzprogramm möchten wir umsetzen. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie
1147 verpflichtet uns, die brandenburgischen Gewässer in einen guten Zustand zu versetzen. Dem möchten
1148 wir umfassend nachkommen.

1149 Wir wollen das Wassergesetz novellieren und einen Interessenausgleich bei der konfliktträchtigen
1150 Organisation der Gewässerunterhaltung herbeiführen. Die Verteilung der Kosten für die
1151 Gewässerunterhaltung auf die Grundstückseigentümer soll gerechter gestaltet werden und sich nicht
1152 mehr nur nach der Flächengröße richten, sondern stärker das Verursacher- und Vorteilsprinzip
1153 berücksichtigen. Wir möchten die Rechtssicherheit für die Arbeit der Gewässerunterhaltungsverbände
1154 verbessern und mehr Transparenz erreichen.

1155 Hochwasserschutz ist und bleibt eine Generationenaufgabe. Wir wollen die
1156 Hochwasserrisikomanagementplanung zügig zum Abschluss bringen. Maßnahmen des technischen
1157 Hochwasserschutzes und die Schaffung von Retentionsräumen als vorsorgender Hochwasserschutz
1158 müssen gleichermaßen vorangetrieben werden, auch an den kleineren Flüssen. Wir wollen Planungs-
1159 und Genehmigungsverfahren beschleunigen, aber nicht auf Kosten der Beteiligung von Bürgerinnen und
1160 Bürgern. Interessenausgleich und Akzeptanz sind unabdingbare Voraussetzungen für den

1161 Hochwasserschutz. Die weitere Ausweisung von Retentionsflächen hat auch für Brandenburg eine
1162 zentrale Bedeutung, ist aber ohne finanzielle Entschädigungszahlungen an Eigentümer beziehungsweise
1163 Landnutzer nicht machbar. Wir setzen uns auf Bundes- und EU-Ebene für einen zweckgebundenen
1164 Einsatz von Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Agrar- und Küstenschutz“ (GAK) und eine
1165 entsprechende Aufstockung der Mittel ein.

1166 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Elementarschadenpflichtversicherung mit sozialverträglichen
1167 Prämien ein.

1168 Wir möchten das Wassernutzungsentgelt auch für Tagebau-Sümpfungswässer einführen, um dem
1169 Verursacherprinzip Rechnung zu tragen und den bergbaubedingten Schädigungen des Wasserhaushalts
1170 besser entgegen wirken zu können.

1171 Die neu entstehenden Seenlandschaften stellen eine Chance für die Regionalentwicklung in der Lausitz
1172 dar. Wir wollen auf eine Verbesserung ihres ökologischen Zustandes hinwirken und touristische
1173 Angebote fördern.

1174

1175 **Selbstbestimmt leben in Brandenburg - Starke Kommunen,**
1176 **demokratische Teilhabe und starker Rechtsstaat in einem**
1177 **toleranten Land.**

1178

1179 Wir wollen, dass die Menschen in allen Regionen des Landes gesund, gut und glücklich leben können.
1180 Dafür braucht es landespolitische Weichenstellungen, aber auch die Möglichkeit, vor Ort und in der
1181 Region die besten Lösungen zu suchen. Unser politisches Konzept zielt darauf, die jeweiligen Stärken
1182 vor Ort weiter auszuprägen. So entstehen in der Summe gleichwertige, aber im Einzelnen nicht
1183 gleichartige Lebensverhältnisse. Dies entspricht den unterschiedlichen regionalen
1184 Ausgangsbedingungen ebenso wie den individuellen Lebensentwürfen, Bedürfnissen und Potenzialen
1185 der Menschen in unserem Land.

1186 Nachhaltige Strukturpolitik in dünn besiedelten Regionen bedeutet mehr Investitionen in die
1187 Daseinsvorsorge. Öffentliche Investitionen für Bildung, Gesundheit und Verkehrsinfrastruktur müssen
1188 noch konsequenter auf die regionalen Leistungszentren als Anker in der Region konzentriert werden.

1189 Dabei steht der Ballungsraum um Berlin vor der Herausforderung, neuen für alle Bevölkerungsgruppen
1190 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, dabei Verdrängungsprozesse zu verhindern und dabei gleichzeitig
1191 eine weitere Zersiedlung des Umlands zu verhindern. Im Ballungsraum um Berlin steht eine weitsichtige
1192 und der Nachhaltigkeit verpflichtete Politik vor der Herausforderung, für neue Kapazitäten an
1193 bezahlbarem Wohnraum und sozialer Infrastruktur für alle Einkommensschichten zu sorgen, zugleich
1194 aber eine weitere ökologisch kontraproduktive Zersiedlung des Umlands zu verhindern. Hier wie da geht
1195 es um einen stimmigen Mix von Infrastruktur, Bildungs- und Forschungslandschaft und soziokulturellen
1196 Faktoren, der Regionen sowohl für wirtschaftliche Vorhaben als auch für die Menschen als Standort und
1197 Lebensort attraktiv macht und Potenziale vor Ort freisetzt.

1198

1199 DIE LINKE in Brandenburg will in der kommenden Legislaturperiode die Investitionskraft der Kommunen
1200 deutlich stärken. Wir gehen davon aus, dass die daraus möglichen Investitionen als
1201 Konjunkturprogramm wirken und die regionale Wirtschaft beleben können.

1202 Deswegen streben wir für die Jahre ab 2015 ein **kommunales Investitionsprogramm** mit einem
1203 Umfang von 100 Millionen Euro pro Jahr an.

1204 Die Mittel soll überwiegend das Land bereitstellen, die Kommunen steuern nach dem Vorbild des
1205 abgelaufenen Konjunkturpaketes II des Bundes ihrerseits Eigenmittel bei. Die Investitionen sollen in den
1206 Unterhalt von Kommunalstraßen, kommunalen Brücken und anderer Verkehrsinfrastruktur, in die
1207 energetische Gebäudesanierung, in die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude, in die Vorbereitung von
1208 Schulen für Inklusion, in den Erhalt von Sportstätten und in die verstärkte Kooperation von Kommunen
1209 fließen.

1210 Mit diesem Investitionsprogramm werden wir einen Teil der den Kommunen übertragenen Mittel ein
1211 weiteres Mal auf und vermehren die damit verfügbare Investitionssumme. Was dringend gemacht
1212 werden muss, kann damit leichter und schneller in Angriff genommen werden. Das dient der
1213 Lebensqualität, stärkt die örtliche Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze.

1214 Das Programm sichert zusätzlich zu schon bereitgestellten EU-Mitteln für die Stadt-Umland-
1215 Entwicklung, dass Kommunen in der gesamten Fläche des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse
1216 gestalten können.

1217

1218 Die **kommunalen Verwaltungen** in Brandenburg stehen derzeit unter Anpassungs- und Reformdruck.
1219 Er wird vom demografischen Wandel und vom Regelungsbedarf durch neue wirtschaftliche, soziale und

1220 ökologische Herausforderungen hergeleitet. Die Bürgerinnen und Bürger hingegen wollen nicht
1221 pausenlos neue Strukturen, sondern funktionierende Verwaltungsabläufe, verlässliche
1222 Ansprechpartnerinnen und -partner und wirksame Mitsprache bei Planungsprozessen und
1223 administrativen Entscheidungen. Sie wollen die Identität, die Besonderheit ihrer Heimatorte und -
1224 gegenden gewahrt und gewürdigt sehen. Sie wollen Verwaltungen in Sichtweite, nicht in entfernten
1225 Zentren.

1226 Sache der Kommunalpolitik bleibt es vor allem, auch unter veränderten Bedingungen und mit Blick auf
1227 die Zukunft Kernbereiche der Daseinsvorsorge zu gestalten, die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu
1228 gewährleisten, Selbstverwaltung und Selbstorganisation auszubauen. Dafür wollen wir die
1229 Voraussetzungen schaffen.

1230 Für die Neugestaltung der kommunalen Verwaltung gelten aus unserer Sicht vier Prämissen:
1231 Effektivität, Zukunftsfestigkeit, Bürgernähe und mehr Demokratie. Das Prinzip der Freiwilligkeit hat
1232 einen hohen Stellenwert.

1233 Die Verwaltungsreform soll einerseits zu funktionsfähigen Größen und andererseits gleichzeitig zu
1234 differenzierten Strukturen führen. Alles an Verwaltungstätigkeit, was Bürgerinnen und Bürger nicht
1235 direkt brauchen, kann auf der Fachebene zentralisiert werden. Dezentral hingegen ist zu gestalten, was
1236 Bürgerinnen und Bürger selbst als Ansprechpartnerinnen und -partner oder für ihre demokratische
1237 Beteiligung an den kommunalen Angelegenheiten brauchen, und wofür in der Verwaltung genaue
1238 Ortskenntnis erforderlich ist. Die neuen Strukturen dürfen nicht nur verwaltungstechnisch ausgerichtet
1239 und technokratisch begründet sein - jede von ihnen braucht ihre eigene demokratische Legitimation
1240 und ihre eigenen demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten.

1241 Es soll eine neue Aufgabenverteilung zwischen den Kommunen und dem Land geben. Einerseits geht es
1242 um hinreichend starke Kommunalverwaltungen, die staatliche Angebote im örtlichen Bereich nicht nur
1243 überflüssig, sondern besser machen - im Gegenzug wird es zu einer Effektivierung der staatlichen
1244 Verwaltungsstrukturen bei gleichzeitigem Steuerungsverzicht des Landes kommen.

1245 Zur Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen schlagen wir die Einführung der Brandenburgischen
1246 Amtsgemeinde vor. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern, so in unserem Nachbarland Sachsen-
1247 Anhalt, aber auch in Rheinland-Pfalz, zeigen, dass auf einem solchen Weg die Verwaltungskraft der
1248 Gemeinden gestärkt werden kann, ohne dass sie dafür ihre politische und finanzielle Selbständigkeit
1249 aufgeben müssen. Die Größe der Amtsgemeinden kann sich in den verschiedenen Landesteilen
1250 unterscheiden.

1251 Ferner muss politisch entschieden werden, wie der notwendige **solidarische Ausgleich zwischen**
1252 **finanzstarken und finanzschwächeren Regionen** weiter entwickelt werden soll. Ballungsräume,
1253 Entwicklungsachsen oder bevölkerungsschwache Regionen machen nicht an Kreisgrenzen halt. Die
1254 Umsetzung der Ziele und Grundsätze von Landesentwicklung und Raumordnung zählt zu den staatlichen
1255 Aufgaben - das Land verfügt hierfür über die nötigen Ressourcen und Instrumente. Zugleich sind die
1256 Normen und Regeln für den Solidarausgleich festzulegen, um für eine ausgeglichene Entwicklung zu
1257 sorgen, ohne die Umverteilungskompetenzen innerhalb der Landkreise zu überfordern.

1258 Bei allen Veränderungen, die in unserem Land vor sich gehen, sind die Bürgerinnen und Bürger der
1259 Ausgangspunkt. In vielen sind sie es selbst, die den Wandel im Land bestimmen. Sie bestimmen ihren
1260 Lebensort - nach ihren Erwartungen und angezogen von Chancen, fort gedrängt von Schwierigkeiten
1261 und Defiziten. Sie bringen Vorstellungen vom guten Leben mit und gewinnen neue Ideen davon. Sie
1262 wollen auch im Wandel bewahren, was gut war, und zumindest erhalten, was wichtig ist. Sie wollen frei
1263 sein, aber nicht auf sich gestellt. Sie wollen Kinder und Enkel - suchen das geeignete Lebensumfeld und
1264 die geeigneten Lebensbedingungen dafür und finden es viel zu oft nicht. Sie suchen nach
1265 Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

1266 Es entstehen vielfältige neue Interessen und Bestrebungen. Gelegentlich geraten sie miteinander, mit
1267 dem Althergebrachten, mit übergeordneten Interessen des Gemeinwesens, auch mit Politik und
1268 Verwaltung in Konflikt. Die Bereitschaft zur Selbstregulation ist in solchen Situationen leicht
1269 überfordert, die Abwägung zwischen Eigensinn und Gemein Sinn insbesondere in verhärteten

1270 Konfliktsituationen schnell blockiert. Der klassische Ruf nach mehr direkter Demokratie und nach mehr
1271 Transparenz ist in diesen Situationen richtig, aber oftmals unzureichend. Widersprüchliche, ja geradezu
1272 konträre Einzelinteressen können sich sehr wohl jeweils für sich demokratisch organisieren – aber der
1273 Interessenausgleich kann gerade dann nicht immer durch eine Mehrheits- oder eine Obrigkeits-
1274 Entscheidung hergestellt werden. Vielmehr muss eine neue Balance zwischen repräsentativer
1275 Machtausübung und partizipativer Problemlösung gefunden werden.

1276 Mediation kann eine solche Form demokratischer Konsensstiftung sein. Betroffene und Aktivistinnen
1277 und Aktivisten begeben sich dabei freiwillig in ein strukturiertes Verfahren mit dem Ziel, den Konflikt
1278 konstruktiv beizulegen und zu einer Lösung zu kommen. Ein Mediationsmodellprojekt in Brandenburg
1279 will und kann die Möglichkeiten eines konsensstiftenden Umgangs als lernenden gesellschaftlichen
1280 Prozess versuchen und damit die Integration ausdifferenzierter Interessen ermöglichen, indem es ihre
1281 Vielzahl und Vielfalt anerkennt.

1282

1283 Wir wollen, dass die politische Entwicklung unseres Landes auch im Alltag von den Bürgerinnen und
1284 Bürgern getragen wird - nicht nur durch Entscheidungen an Wahltagen. Wir wollen **Demokratie im**
1285 **Alltag** stärken.

1286 Dafür gibt es drei zentrale Voraussetzungen: verbesserten Informationszugang, mehr Transparenz von
1287 Politik und Verwaltung, mehr direkte Demokratie.

1288 Insbesondere¹ sollen Volksbegehren weiter erleichtert werden - wir wollen durchsetzen, dass
1289 Unterschriften dafür auch auf der Straße gesammelt werden können. Auf kommunaler Ebene wünschen
1290 wir uns mehr Freiraum für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

1291 Zugleich wollen wir den Einfluss von Lobby-Gruppen beschränken und das bereits bestehende Lobby-
1292 Register erweitern. Angestrebt wird die Einführung eines verpflichtenden Registers, in dem alle, die als
1293 Interessenvertreterinnen und Interessenvertreterinnen gegenüber dem Landtag, der Landesregierung
1294 oder der Landesverwaltung auftreten wollen, ihre Auftraggeber und Kunden, ihre Finanzquellen und
1295 Budgets sowie die Themen ihrer Lobbyarbeit angeben müssen, unabhängig davon, ob sie für Verbände,
1296 Unternehmen, Agenturen, Denkfabriken, Nichtregierungsorganisationen oder Rechtsanwaltskanzleien
1297 arbeiten.

1298

1299 Per Gesetz haben wir erst kürzlich die Möglichkeiten der Sorbinnen und Sorben, der Wendinnen und
1300 Wenden und ihrer Verbände und Vereine zur Partizipation deutlich gestärkt. Nun stellen wir uns der
1301 Aufgabe, dieses Gesetz mit Leben zu erfüllen: Dazu gehört die Verabschiedung der entsprechenden
1302 Rechtsverordnungen. Vor allem aber müssen in allen Kommunen, in denen die sorbische/wendische
1303 Sprache oder Kultur bis heute lebendig ist, die Rechte der Angehörigen der Minderheit gesichert
1304 werden - so wie es die internationalen Abkommen zum Minderheitenschutz vorsehen.

1305

1306 Viele Brandenburgerinnen und Brandenburger engagieren sich auf vielfältige Weise im Ehrenamt für
1307 Gemeinwesen und Gemeinsinn. Dafür verdienen sie Unterstützung und Förderung - und das ganz
1308 unbürokratisch! Ehrenamtliches Engagement, das Verantwortungsbewusstsein von Bürgerinnen und
1309 Bürger, darf jedoch nicht missbraucht werden, um sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu
1310 streichen.

1311 Wir möchten das Ehrenamt im bisherigen Umfang fördern und dabei die Förderbedingungen effektiver
1312 und unbürokratischer gestalten. Die Förderung von Vereinsstrukturen ist eine Daueraufgabe und nicht
1313 sinnvoll von Jahr zu Jahr über wechselnde Projekte abzudecken. Wir möchten den geförderten Vereinen
1314 längerfristige Sicherheit geben und dabei Anreize für effektives und wirtschaftliches Agieren schaffen.
1315 Dabei sind wir für einen deutlichen Ausbau der Anwendungsmöglichkeiten der Ehrenamts-card.

1316 Aufwandsentschädigungen für geleistete Ehrenamtsarbeit sollen voll umfänglich anrechnungsfrei auf
1317 Arbeitslosengeld II (Hartz IV) sein. Dazu werden wir bundespolitisch weiter aktiv bleiben.

1318 Kinder und Jugendliche haben einen Anspruch darauf, ihrem Alter entsprechend und mit zunehmenden
1319 Erfahrungen als Expertinnen und Experten für ihr eigenes Leben ernst genommen zu werden und
1320 Einfluss auf ihre Angelegenheiten zu nehmen. Dafür sind spezielle Verfahren und Strukturen zu
1321 entwickeln - ausgerichtet an den Interessen und Organisationsformen junger Menschen, mit
1322 Kompetenzen sowie fachlicher Unterstützung ausgestattet. Die Mitwirkungsmöglichkeiten junger
1323 Menschen müssen unabhängig vom Willen der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters oder der
1324 Kommunalvertretung praktiziert werden können. DIE LINKE wird daher einen Vorschlag für eine
1325 gesetzliche Regelung der Beteiligung von jungen Menschen einbringen. Wir arbeiten dabei eng mit
1326 außerparlamentarischen Initiativen und Interessenvertretungen für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung
1327 zusammen.

1328

1329 In den vergangenen fünf Jahren haben wir den Landtag gegenüber der Exekutive gestärkt – vor allem
1330 durch größere Informations- und Kontrollrechte. Die Landtagsausschüsse tagen jetzt öffentlich. Der
1331 Petitionsausschuss führt regelmäßige öffentliche Sprechstunden in den Regionen des Landes durch. Die
1332 frühzeitige und umfassende Unterrichtung des Landtages über wichtige landespolitische
1333 Angelegenheiten sowie über das Agieren auf Bundes- und EU-Ebene - seit 1992 in der
1334 Landesverfassung - wurde 2010 erstmals verfahrensrechtlich verbindlich geregelt. DIE LINKE war
1335 maßgeblich an diesen Veränderungen beteiligt bzw. hat sie initiiert. Diese Entwicklung wollen wir weiter
1336 führen, die geschaffenen Spielräume und die besseren Bedingungen im neuen Landtagsgebäude besser
1337 nutzen. Die bessere finanzielle, personelle und rechtliche Ausstattung des Parlaments gegenüber der
1338 mächtigen Ministerialbürokratie bleibt eine dauerhafte Aufgabe, der wir uns weiter stellen werden. Dies
1339 gilt auch für die Vertretungskörperschaften auf kommunaler Ebene.

1340 Wir wollen die Berliner Initiative für Respekt und Akzeptanz sexueller Vielfalt auch in Brandenburg
1341 umsetzen und die Erfahrungen bei der Umsetzung in NRW aufgreifen, um damit die Diskriminierung von
1342 Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen abzubauen und ihre Akzeptanz zu stärken.

1343 Lebendige Demokratie braucht eine lebendige Öffentlichkeit. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk spielt
1344 dabei eine wichtige Rolle. Er muss auch in seiner inneren Organisation demokratisch und sozial verfasst
1345 sein, wenn er diese Rolle überzeugend wahrnehmen will. Wir setzen uns deswegen weiter für die
1346 betriebliche Vertretung der Freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des **rbb** durch den Personalrat. Es
1347 muss sichergestellt sein, dass im Rundfunkrat des rbb auch Menschen mit Behinderung sowie von
1348 Seniorinnen und Senioren vertreten sind.

1349

1350 DIE LINKE ist wie die Brandenburger Landesverfassung ist dem **demokratischen und sozialen**
1351 **Rechtsstaat** verpflichtet. LINKE Rechts- und Justizpolitik in Brandenburg stärkt die soziale
1352 Gerechtigkeit und gewährleistet eine demokratische und solidarische Zivilgesellschaft.

1353 Wir gewährleisten eine angemessene personelle und materielle Ausstattung der Justiz und der Gerichte.
1354 Dazu wollen wir einen Einstellungskorridor unter Berücksichtigung der Altersstruktur über alle Dienste
1355 hinweg schaffen, um künftige Altersabgänge langfristig zu kompensieren.

1356 Seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) und weiterer sozial ungerechter Reformen im
1357 Rentenüberleitungs- und Krankenversicherungsrecht sind viele Menschen gezwungen, sich Hilfe bei den
1358 Sozialgerichten zu suchen. Der Anstieg der Klagen vor den Sozialgerichten ist somit eine unmittelbare
1359 Folge rechts- und sozialpolitischer Fehlentscheidungen. Die Sozialgerichte stehen ganz am Ende des
1360 Systems und müssen in erheblichem Maße nachsteuern und korrigieren, um Ungerechtigkeiten
1361 auszugleichen. So lange Hartz IV nicht abgeschafft ist, will DIE LINKE in Brandenburg die Justiz des
1362 Landes auf diese Situation strukturell noch besser einstellen, denn die Rechtssuchenden benötigen zur
1363 wirksamen Durchsetzung ihrer Rechte zeitnahe Entscheidungen. Die Voraussetzungen dafür wird DIE
1364 LINKE. Brandenburg schaffen.

1365 Wir halten an einer bürgerfreundlichen Justiz mit einem wohnortnahen Zugang der Bürgerinnen und
1366 Bürger zu den Gerichten fest, wodurch wir dem in der Verfassung des Landes Brandenburg normierten
1367 Recht auf ein zügiges und faires Verfahren gerecht werden. Neuen Konzepten zur Organisation der
1368 Fachgerichtsbarkeit stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Als verfassungsgebende und
1369 verfassungstragende Partei treten wir weiterhin konsequent dafür ein, dass die Verfassungsinhalte des
1370 sozialen Rechtsstaates zum Maßstab staatlichen Handelns gemacht und in der Realität umgesetzt
1371 werden. Dabei sind wir uns des noch vorhandenen Ungleichgewichts zwischen politischen und sozialen
1372 Grundrechten bewusst. Daher orientieren wir uns an der Unteilbarkeit und Abhängigkeit der politisch-
1373 juristischen, der ökonomisch-sozialen sowie der geistig-kulturellen Rechte.

1374 Wir setzen weiterhin auf eine Straφphilosophie, die in der Verfassung des Landes Brandenburg verankert
1375 und auf nachhaltige Resozialisierung ausgerichtet ist. Wir unterstützen Projekte zur Haftvermeidung
1376 durch frühzeitige ambulante pädagogische Maßnahmen und Konfliktlösungen außerhalb der Gerichte,
1377 wie den Täter-Opfer-Ausgleich. Eine erfolgreiche und dauerhafte Wiedereingliederung ist der beste
1378 Schutz der Gesellschaft vor neuen Straftaten. Dazu benötigt es einer aufgabenbezogenen
1379 Personalausstattung in den Sozialen Diensten der Justiz und im Justizvollzug des Landes Brandenburg,
1380 um die neuen Vollzugsgesetze mit Leben zu erfüllen. Unabdingbar sind zudem entsprechende
1381 Strukturen und finanzielle Mittel, um mehr Behandlung im Vollzug, mehr Wohngruppenvollzug, mehr
1382 offenen Vollzug und eine bessere Wiedereingliederung zu erreichen. Angebote für Aus-, Fort- und
1383 Weiterbildung sowie die Zahl der Arbeitsmöglichkeiten während der Haft müssen ausgebaut werden, da
1384 sie einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Resozialisierung leisten können. Selbstverständlich
1385 müssen auch diese Arbeitsverhältnisse eine Renten- und Sozialversicherung enthalten. Die
1386 Zusammenarbeit der sozialen Träger und der Justiz muss schon während der Haft verstärkt werden. Die
1387 therapeutische Behandlung und Versorgung sowie die soziale Betreuung muss weiter verstärkt werden.
1388 Dazu gehört auch der flächendeckende Ausbau der Forensischen Ambulanzen in Brandenburg.

1389 Dem Schutz potentieller und tatsächlicher Opfer von Straftaten messen wir eine besondere Bedeutung
1390 bei. Wir verstärken die finanzielle Unterstützung von Programmen und Organisationen und Vereinen, die
1391 sich dem Schutz und der Unterstützung von Kriminalitätsopfern widmen und ihre Rechte sichern. Wir
1392 setzen uns weiter für eine schnellere und unbürokratische therapeutische Hilfe bei schweren Gewalt-
1393 und Sexualdelikten und die Erweiterung des Opferentschädigungsgesetzes auf weitere Straftatbestände
1394 ein. Die Arbeit der dem Landespräventionsrat zuzuordnenden ressortübergreifenden Arbeitsgruppe
1395 „Opferschutz und Opferhilfe“ muss fortgeführt werden.

1396 DIE LINKE. Brandenburg sieht im Anstieg der gesetzlichen Betreuung die Folge der Kürzungen und des
1397 Rückganges anderer sozialer Unterstützungsmöglichkeiten. Wir plädieren für eine bessere
1398 Zusammenarbeit von Justiz und Sozialbehörden. Durch den Ausbau sozialer Unterstützungsangebote
1399 sollen Menschen mit Bedarfen nicht ausschließlich der gerichtlichen Entscheidung über eine gesetzliche
1400 Betreuung überlassen werden.

1401 Eine gute Sozialpolitik ist auch die beste Kriminalpolitik. Sie bietet die größte Sicherheit vor Straftaten.
1402 Das heißt konkret, Lebenslagen und Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger
1403 unterschiedlichen Bereichen zu verbessern. Zugleich stehen wir für eine grundrechtsorientierte
1404 Kriminalpolitik.

1405 Unverzichtbarer Bestandteil ist eine gut ausgestattete und gut ausgebildete, bürgernahe - **Polizei**, die
1406 überall im Land gleichermaßen wirkungsvoll die öffentliche Sicherheit gewährleistet. Öffentliche
1407 Sicherheit darf nicht privatisiert werden, weder in Form formaler Aufgabenübertragung, noch als
1408 schleichender Prozess in Reaktion auf realen oder gefühlten Rückzug des Staates aus seiner
1409 Sicherheitsverantwortung. Daher ist der Polizeidienst auch künftig mit den notwendigen finanziellen und
1410 personellen Ressourcen auszustatten.

1411 2014 kommt die Polizei-Reform planmäßig auf den Prüfstand. Aus der fachlichen Bewertung sind dann
1412 Schlussfolgerungen für das weitere Vorgehen zu ziehen. Wir bleiben dabei, dass nicht der
1413 Personalabbau im Zentrum der Reform stehen darf. Am Wach- und Wechseldienst lassen wir keine
1414 Abstriche zu. Die Interventionszeiten dürfen sich nicht verschlechtern. Die flächendeckende Präsenz der
1415 Polizei bleibt erhalten. Die Revierpolizisten sollen insbesondere im ländlichen Raum weiterhin als

1416 Ansprechpartner zur Verfügung stehen, die Kooperation mit den Kommunen soll dabei ausgebaut
1417 werden. Präventions- und Beratungsarbeit muss weiter geleistet werden.

1418 Da Brandenburg ein Grenzland ist und erheblich mit grenzüberschreitender Kriminalität zu kämpfen hat,
1419 muss die Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden bei der Strafverfolgung in Form von
1420 gemeinsamen Struktureinheiten und engerer Abstimmung weiter verbessert werden.

1421 Dringend erforderlich ist deshalb eine Neufassung des deutsch-polnischen Polizeiabkommens aus dem
1422 Jahr 2002. Es müssen die rechtlichen Grundlagen für das gemeinsame Handeln weiter verbessert und
1423 die Möglichkeiten von grenzüberschreitenden Einsätzen erleichtert werden. Gleichzeitig ist es
1424 unverzichtbar, bestehende grenzüberschreitende Präsenz- und gemeinsame Ermittlungsgruppen
1425 einzurichten. So können Justiz und Polizei beider Länder, unmittelbar gemeinsam an demselben
1426 Verfahren arbeiten.

1427 Die Integration Brandenburgs in ein bundesweit einheitliches Funknetz für alle Rettungs- und
1428 Sicherheitskräfte - den Digitalfunk - ist zügig abzuschließen.

1429 Die Auseinandersetzung mit Kriminalität beginnt schon lange vor der Strafverfolgung - bei der
1430 Aufklärung ihrer tiefer liegenden Ursachen und auslösenden Faktoren. Das kann bei weitem nicht nur
1431 Sache der Polizei sein - ohne ein enges Zusammenspiel von Polizei, Justiz und Kommunen geht hier
1432 nichts. Nötig sind aktive Netzwerke, die auch soziale Dienste, freie Träger und andere Akteure mit
1433 einbeziehen. Das meinen wir, wenn wir uns für **kommunale Kriminalitätsverhütung** stark machen.
1434 Über Pilotprojekte wollen wir sie stärken und dabei neue Erfahrungen sammeln. Wir befürworten die
1435 Einsetzung eines Beauftragten für kommunale Kriminalitätsverhütung in Brandenburg.

1436

1437 Für ein sicheres Leben in Brandenburg ist auch ein stabiler Brand- und Katastrophenschutz notwendig.
1438 Insbesondere in ländlichen Regionen spielen dabei **Stützpunktfeuerwehren** eine wichtige Rolle. Sie
1439 bekommen auch weiterhin die Unterstützung des Landes. Wir wollen die Interkommunale
1440 Zusammenarbeit im Brandschutz ausbauen.

1441

1442 Noch längst nicht sind in Deutschland die Lehren aus dem finsternen, über ein Jahrzehnt ungestörten
1443 verbrecherischen Treiben des "Nationalsozialistischen Untergrunds" (**NSU**) hinreichend gezogen. Auch
1444 wir in Brandenburg werden die Erkenntnisse und Ergebnisse der parlamentarischen
1445 Untersuchungsausschüsse wie auch des NSU-Prozesses in München gründlich aufarbeiten.

1446 Notwendig ist ein Ausbau der parlamentarischen Kontrolle über die Arbeit der Sicherheitsbehörden -
1447 sowohl bezüglich ihrer Arbeitsweise als vor allem der Grundrichtungen ihrer Tätigkeit. Im Gegenzug
1448 wollen wir aufklärerische und antifaschistische Initiativen, Vereine und Gruppen der Zivilgesellschaft
1449 stärker unterstützen. Die Gleichsetzung linker Ideen mit faschistischem Gedankengut durch
1450 Totalitarismuskonzepte und Extremismustheorie verurteilen wir und setzen uns deswegen für ein Ende der
1451 Beobachtung linker Projekte durch den Verfassungsschutz ein.

1452

1453

1454 Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Not fliehen, finden in Brandenburg selbstverständliche
1455 Zuflucht und Unterstützung. Unser Land zeichnet sich mehr und mehr durch eine **Willkommenskultur**
1456 aus, die wir weiter stärken wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in Wohnungen eine neue Heimstatt
1457 finden und nicht auf ein diskriminierendes Gutscheinsystem angewiesen sind. Um die Integration dieser
1458 Menschen besser leisten zu können, wollen wir die verschiedenen Zuständigkeiten, die dabei derzeit
1459 noch vorhanden sind, wie Bildung Soziales, Berufsankennung und Integration in einer Verantwortung
1460 zusammenzuführen.

1461

1462 Zu uns kommen auch Menschen, die faktisch Opfer eines Menschenhandels zum Zwecke der
1463 **Arbeitsausbeutung** sind (vgl.§ 233 StGB) oder sich aus anderen Gründen in Zwangsverhältnissen
1464 wieder finden, in denen Lohnvorenthaltung, Aufenthaltspapierentzug oder der Androhung von Gewalt
1465 üblich sind. Hier muss auch die Brandenburger Landesregierung aktiv werden und eine landeseigene,
1466 umfassende und flächendeckende Unterstützungsstruktur für potentiell Betroffene in Brandenburg
1467 aufzubauen. Als erster Schritt ist es entscheidend, dass das durch den DGB in Brandenburg begonnene
1468 Beratungsangebot unterstützt und ausgebaut wird.

1469

1470 Unsere demokratische Kultur muss weiterhin energisch gegen rechte Gewalt und Propaganda verteidigt
1471 werden. Wir haben der Aufnahme eines Staatszieles in die Landesverfassung den Weg bereitet, das
1472 Land verpflichtet, das friedliche Zusammenleben der Menschen zu schützen und der Verbreitung
1473 rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegenzutreten. Zusammen mit anderen wollen
1474 wir so bekunden: Das Land Brandenburg sieht sich in der Pflicht, mit allen Mitteln den Kampf der
1475 Zivilgesellschaft **gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt** zu unterstützen. Das
1476 Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg muss fortgeführt und weiterentwickelt werden. Die
1477 vielfältigen Kooperationsvereinbarungen sind ein deutliches Zeichen dafür, wie sich das Land
1478 Brandenburg und seine Menschen aus unterschiedlichen Perspektiven für eine demokratische,
1479 weltoffene Gesellschaft und gegen Neofaschismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren.

1480

1481 **Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik. Zukunftsfähiger**
1482 **öffentlicher Dienst.**

1483

1484 Leistungsfähige öffentliche Haushalte zur Finanzierung gesellschaftlich erforderlicher öffentlicher
1485 Leistungen sind die Grundlage für einen funktionierenden Sozialstaat und sichern die Zukunftsfähigkeit
1486 und den Wohlstand der Gesellschaft. Wir tragen seit 2009 Verantwortung für Brandenburgs Haushalt
1487 und seine Finanzen. Von Anfang an war für uns klar: Soziales Augenmaß und Konsolidierung der
1488 Landesfinanzen gehören zusammen. Diesen Kurs werden wir weiter fortsetzen. Sozialer Ausgleich,
1489 gesellschaftliche Teilhabe, Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie eine nachhaltige
1490 Wirtschaftsförderung bilden den Kompass unserer Finanzpolitik. Jeder Euro in diese Sektoren fließt als
1491 Investition in Gegenwart und Zukunft.

1492 Anders als andere Bundesländer hat sich Brandenburg seit 2009 keine fiskalische Erleichterung auf
1493 Landesebene zu Lasten der Kommunen verschafft. Der Anteil der Investitions- und
1494 Sachkostenzuweisungen an die Kommunen ist stetig gestiegen, absolut wie prozentual. Fast ein Drittel
1495 des Landeshaushalts geht an die kommunale Familie – im Ländervergleich eine enorme Leistung. Das
1496 ist unsere Messlatte auch für die kommenden Jahre.

1497 Die Beschäftigten im Landesdienst haben in den letzten 23 Jahren die Aufgaben für die
1498 Brandenburgerinnen und Brandenburger zuverlässig erfüllt. Der öffentliche Dienst steht nunmehr vor
1499 weiteren Herausforderungen. Diesen werden wir uns weiter stellen. Unseren in
1500 Regierungsverantwortung eingeschlagenen Weg der Ausbildung von Nachwuchskräften in der
1501 Verwaltung werden wir weiter konsequent fortsetzen. Nur so kann gewährleistet werden, dass auch in
1502 Zukunft ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Eine Reduzierung des Personalbestandes
1503 reinweg aus Konsolidierungszwecken lehnen wir ab. Im Vordergrund stehen für uns Arbeitsfähigkeit und
1504 vor allem Zukunftsfähigkeit der Landesverwaltung. Diesem Ziel muss auch die Personalbedarfsplanung
1505 entsprechen. Wir gehen davon aus, dass dafür der Personalbestand für 2020 im Vergleich zur
1506 derzeitigen Planung auf 44.000 Beschäftigte angehoben werden muss. Die Aufgaben beim Übergang
1507 zur inklusiven Bildung, im Bereich der Polizei und der öffentlichen Sicherheit, bei Genehmigungen und
1508 Überwachungen im Zusammenhang mit landespolitischen Vorhaben sind sonst nicht erfüllbar.

1509

1510 Die Spielräume der Landespolitik zur Verbesserung der Einnahmen der öffentlichen Hand sind gering.
1511 Was möglich war, wurde in den zurückliegenden Jahren bereits energisch angepackt. So brachte eine
1512 Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf fünf Prozent im ersten Jahr zusätzliche Einnahmen von knapp 62
1513 Millionen. Euro – eine erfreuliche Summe, zumal auch die Kommunen davon profitierten, aber
1514 gemessen am gesamten Haushaltsvolumen doch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

1515 Für die Finanzierung unserer Projekte sind weiterhin die nachhaltige Konsolidierung des
1516 Landeshaushalts nötig. Bis 2020 müssen alle Bundesländer strukturell ausgeglichene Haushalte
1517 vorlegen. In Brandenburg allerdings machen wir schon seit 2011 keinen Schulden mehr auf
1518 Landesebene. Und wir haben mit der Tilgung der Schulden des Landes begonnen. Es wird allerdings
1519 nicht ausbleiben, auch in Zukunft alle Ausgaben des Haushaltes des Landes Brandenburg mit sozialem
1520 Augenmaß kritisch zu überprüfen.

1521 Ein Preis für unsere Prioritätensetzung ist die Absenkung der vergleichsweise hohen brandenburgischen
1522 Investitionsquote auf den bundesdeutschen Durchschnitt. Das ist aber nur die eine Seite. Die andere
1523 Seite hat mit dem Umbau der Wirtschaftsförderinstrumente zu tun. Klügerer und effizienterer
1524 Mitteleinsatz, Konzentration auf verstärkten Einsatz rückzahlbarer Darlehen anstelle von Zuschüssen
1525 vermag die Wirksamkeit jedes ausgegebenen Euros zu erhöhen.

1526 Klar bleibt aber auch: Wir sparen nicht auf Kosten der Zukunft. Substanz- bzw. Werterhaltung werden
1527 gewährleistet. Brandenburgs mittlerweile moderne Infrastruktur erlaubt es, die verminderten

1528 Investitionsmittel zielgerichtet zu konzentrieren. Bei der Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln
1529 haben jene Programme Priorität, die die höchste Hebelwirkung und Effizienz haben. Je mehr Mittel wir
1530 mit einem Euro Landesgeld mobilisieren können, desto sinnvoller ist es, daran festzuhalten.

1531 Ein drückende Sorge bleibt die Finanzlage der Kommunen - gerade auch, weil das Land allein nicht in
1532 der Lage ist, die Fehlentwicklungen zu kompensieren, die bundespolitisch durch eine große
1533 Kommunalfinanzreform korrigiert werden müssten. Solidarität mit den Kommunen und unter den
1534 Kommunen bleibt an der Tagesordnung. Deswegen wollen wir die solidarische horizontale
1535 Kommunalfinanzierung durch Fortentwicklung des Jugendhilfe- und Soziallastenausgleichs stärken. Und
1536 wir halten daran fest, die Landesfinanzen nicht zu Lasten der Kommunen zu sanieren. Mit unserem
1537 kommunalen Investitionsprogramm werden wir die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen erweitern.
1538 Wir schlagen zudem einen kommunalen Teilentschuldungsfonds vor.

1539

1540

1541 **Interessen und Verantwortung Brandenburgs im Bund und in**
1542 **Europa**

1543

1544 In den nächsten Jahren bündeln sich eine Reihe von Problemen, von denen nicht allein, aber auch - und
1545 teils auf besondere Weise - Brandenburg betroffen ist: Der Solidarpakt II läuft 2019 aus - damit endet
1546 die Sonderförderung für Ostdeutschland. In Deutschland insgesamt drücken erhebliche
1547 Investitionsrückstände - nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)
1548 beläuft sich der Investitionsbedarf auf rund 75 Mrd. Euro jährlich - vor allem in den Bereichen Energie,
1549 Verkehrsinfrastruktur und Bildung. Auch Brandenburg hat einen anhaltend hohen Investitionsbedarf.
1550 Insgesamt entfaltet sich in Deutschland in Ost, aber auch West eine Entwicklungsdynamik, die nach
1551 übereinstimmender Einschätzung von Fachleuten regional gespalten bleiben und vom Nebeneinander
1552 von Wachstum und Schrumpfung geprägt wird. Der Raum Brandenburg/Berlin ist in besonderer Weise
1553 Spiegelbild dieser Entwicklungen.

1554 Unsere Antwort darauf lautet, auf Bundes- und Landesebene Gestaltungsräume für eine - sozial-
1555 ökologisch orientierte - aktive Regional- und Strukturpolitik zu schaffen und ihre Finanzierung zu
1556 sichern. Wir bekräftigen unseren Vorschlag, einen Solidarpakt III für Krisenregionen in Ost und West zu
1557 schließen. Der Prüfauftrag, zu dem sich die Koalition im Bund verpflichtet hat, muss positiv entschieden
1558 werden. Die Finanzierung ist über den Solidaritätszuschlag auf die Lohn- und Einkommenssteuer
1559 möglich. Im Unterschied zum Solidarpakt II wird er nicht auslaufen und eine dann für den geplanten
1560 Solidarpakt III voraussichtlich hinreichende Finanzmasse erbringen. Da die Bundesregierung aus dem
1561 Solidaritätszuschlag schon jetzt deutlich mehr einnimmt, als sie dem Osten überweist, sollten die -
1562 zudem zunehmenden - überschießenden Mittel schon jetzt in regional- und strukturpolitische Projekte
1563 in Ost und West fließen. Bis zum Ende des Jahrzehnts muss der **bundesstaatliche Finanzausgleich** in
1564 Deutschland insgesamt neu geregelt werden. Brandenburg muss dabei engagiert und ideenreich für den
1565 Erhalt und die Stärkung des kooperativen Föderalismus und eines solidarischen bundesstaatlichen
1566 Finanzausgleichs kämpfen. Oberste Zielsetzung des bundesstaatlichen Ausgleichssystems muss die
1567 Herstellung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet bleiben. Auch nach 2019
1568 ist es notwendig, die finanzielle Handlungsfähigkeit aller Länder durch eine aufgabengerechte
1569 Finanzausstattung abzusichern.

1570 Für besonders dringlich halten wir die **Aufhebung des Verbots der Kooperation von Bund und**
1571 **Ländern im Bereich Bildung**. Insbesondere die Finanzierung der Hochschul-Entwicklung ist von den
1572 Ländern allein nicht zu stemmen.

1573 Auch fordern wir eine generelle Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und auch
1574 Gemeinden und eine auskömmliche Finanzierung der vom Bund den Kommunen übertragen Aufgaben.

1575 Trotz steigender Steuereinnahmen sind die öffentlichen Haushalte nach wie vor strukturell
1576 unterfinanziert. Deshalb werden wir uns weiterhin auf Bundesebene für eine **gerechte Steuerpolitik**
1577 einsetzen. Aus unserer Sicht sollte Brandenburg gemeinsam mit gleichgesinnten Ländern im Bund
1578 folgende Forderungen erheben:

- 1579 • Eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensbesteuerung. Er lag noch
1580 1998 bei 53 Prozent - jetzt liegt er rund 10 Prozent darunter. Selbst im internationalen
1581 Vergleich fiele ein deutlich höherer Spitzensteuersatz keineswegs aus dem Rahmen.
- 1582 • Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einer verkehrswertnahen - und damit
1583 verfassungskonformen - Bewertung aller Vermögensarten bei einem einheitlichen Steuersatz.
- 1584 • Eine sozial gerechte Anpassung der Erbschaftssteuer. Es ist an der Zeit, insbesondere höhere
1585 Erbschaften stärker zur Finanzierung der Gesellschaft heranzuziehen. Es ist zutiefst ungerecht,
1586 dass die tägliche Erwerbsarbeit ganz selbstverständlich höher besteuert wird als ein Erbe.
- 1587 • Eine Millionärssteuer, die die großen Vermögen zur Mitfinanzierung des Gemeinwesens
1588 heranzieht.

- 1589 • Eine Familienförderung soll das bisherige Ehegattensplitting ersetzen.
- 1590 • Die zügige internationale Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Mittlerweile hat sich auch
- 1591 in der EU der Gedanke durchgesetzt, dass eine solche Steuer auf Wertpapier-, Derivate- und
- 1592 Devisenumsätze auch ein geeignetes Präventionsinstrument gegen maßlose Spekulation an den
- 1593 Finanzmärkten darstellt. Die Steuer auf Finanztransaktionen muss so gestaltet werden, dass sie
- 1594 Spekulationen deutlich unattraktiver macht und zugleich einnahmerelevant für die öffentlichen
- 1595 Haushalte ist. Grundsätzlich zu verbieten sind Spekulationen mit landwirtschaftlichen
- 1596 Nutzflächen und Agrarrohstoffen jeglicher Art einschließlich Wasser. Auch Leerverkäufe müssen
- 1597 unterbunden werden. Als ersten Schritt fordern wir die Einführung einer Börsenumsatzsteuer in
- 1598 Deutschland.

1599 Wir halten daran fest, dass der Bund sich an den Kosten der gesamten Munitionsbergung bzw.
 1600 Kampfmittelbeseitigung infolge des Zweiten Weltkrieges beteiligt.

1601

1602 Die Verflechtung zwischen **Brandenburg und Berlin** hat sich in den vergangenen Jahren deutlich
 1603 verstärkt und beide Länder profitieren davon. Über 100 Staatsverträge und Verwaltungsabkommen
 1604 regeln die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, deren Intensität weit über das übliche Niveau
 1605 föderaler Zusammenarbeit in der Bundesrepublik hinausgeht. Ein enormes wirtschaftliches Potenzial für
 1606 beide Länder liegt in einer gemeinsamen Innovationsstrategie und koordinierten Förderung der
 1607 Kompetenzcluster in den Wachstumsbranchen von Industrie, Gesundheitswirtschaft, Energie und
 1608 Medien. Bis 2020 soll ein europäischer Innovationsraum Berlin- Brandenburg mit einer integrierten
 1609 Forschungs- und Entwicklungslandschaft entstehen. Die Ansätze für ein gemeinsames Landesmarketing
 1610 sollen fortgesetzt werden, um insbesondere dem Forschungs- und Bildungsstandort, den industriellen
 1611 Kapazitäten und Kompetenzen sowie den touristischen Potenzialen zu stärkerer internationaler
 1612 Ausstrahlungskraft zu verhelfen.

1613 Auf der anderen Seite stellen wir aber auch fest, dass in die Beziehungen zwischen Berlin und
 1614 Brandenburg neue die Dynamik und Offenheit kommen muss. Es gibt vor allem zwei Fragenkomplexe,
 1615 die ernsthaft miteinander erörtert werden müssen:

- 1616 ➤ Wie werden die Belange einer über ihre Grenzen hinaus wachsenden Stadt strukturell,
 1617 institutionell, organisatorisch etc. abgebildet? Reichen dafür auf die Dauer die bestehenden
 1618 gemeinsamen Einrichtungen - bis hin zur Gemeinsamen Landesplanung - aus? Braucht es neue,
 1619 stärker demokratisch fundierte Formen (etwa Regionalparlamente)?
- 1620 ➤ Wie wird der kulturelle und soziale Zusammenhang im Ballungsraum Berlin gewahrt bzw.
 1621 hergestellt - unter der Bedingungen zunehmender Differenzierung und auch Separierung in den
 1622 innerstädtischen/klassisch zur Stadt gehörenden Teilen, vor allem aber angesichts der
 1623 Tatsache, dass das Wachstums Berlins nach Brandenburg hinein vor allem durch den Zuzug von
 1624 Brandenburgerinnen und Brandenburgern in den engeren Verflechtungsraum erfolgt?

1625

1626 Ein wichtiger Schritt nach vorn wäre ein **gemeinsames neues Entwicklungskonzept für die Region**,
 1627 das das bestehende Leitbild von 2006 ersetzt. Es soll gemeinsame Vorhaben, arbeitsteilige
 1628 Entwicklungsschwerpunkte, eine abgestimmte Raumplanung und vereinbarte öffentliche Investitionen
 1629 festlegen. Nicht zuletzt sollten in diesem Konzept auch Verpflichtungen für die berlinferneren Räume
 1630 enthalten sein. Zu den vorrangigen Themen des Konzepts sollten neben der Innovationsstrategie die
 1631 gemeinsame Entwicklung des BER (Messegeschäft, Marketing, geordnete Entwicklung der Achse
 1632 Schönefeld-Potsdam), der Aufbau eines gemeinsamen Energieverbands mit dem Ziele einer
 1633 vollständigen Versorgung durch erneuerbare Energien bis 2030, ein abgestimmtes Wassermanagement
 1634 sowie eine koordinierte Steuerung der Suburbanisierung rund um Berlin gehören. Hier geht es um einen
 1635 geregelten Leistungs- und Lastenausgleich in Bezug auf Infrastruktur und Daseinsvorsorge, Bildung und
 1636 Kultur. Anzustreben wäre eine vertiefte Kooperation und Arbeitsteilung zwischen benachbarten
 1637 Brandenburger Kommunen und Berliner Bezirken, die hierfür die nötigen Kompetenzen kommunaler
 1638 Selbstverwaltung erhalten müssen.

1639 Zu berücksichtigen ist auch, dass unsere Region nicht nur von Berlin, sondern zunehmend auch von der
 1640 Gravitationskraft und den Wachstumsimpulsen **anderer Metropolregionen** geprägt wird. Dazu zählen

1641 Hamburg im Nordwesten, die mitteldeutsche Metropolregion um Halle und Leipzig im Süden, der
1642 Wachstumsraum um Dresden und Chemnitz im Südosten, Poznań und Wrocław im Südosten und die
1643 Region um Szczecin im Nordosten. Auch nach Skandinavien und ins Baltikum entwickeln sich
1644 besondere Beziehungen.

1645 Die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den benachbarten städtischen und ländlichen Regionen
1646 sind schon heute bedeutungsvoll, die Potenziale dieser Entwicklungsachsen werden jedoch bei weitem
1647 noch nicht ausgeschöpft. Handlungsfelder für gemeinsame Strategien und Kooperationsprojekte bieten
1648 sich in der Energiewirtschaft, im Kultur- und Naturtourismus, in der Entwicklung von industriellen
1649 Kompetenzclustern, der Wissenschafts- und Hochschulkooperation sowie in Umweltschutz,
1650 Wassermanagement und Landschaftspflege an.

1651 Die Grenzregion zu Polen hat das Potenzial, für Millionen Menschen nicht nur Arbeits- und Wohnort zu
1652 sein, sondern wirklich gemeinsame Heimat für Polen und Deutsche zu werden. Mit der Initiative für die
1653 Oderpartnerschaft setzten Berlin und Brandenburg bereits 2006 – unter maßgeblicher Mitwirkung der
1654 Berliner LINKEN – das Signal für eine verstärkte Zusammenarbeit an der deutsch-polnischen Grenze; ab
1655 2009 haben wir als Regierungspartei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit viele neue Impulse
1656 gegeben. Jetzt rückt ein nächster Schritt auf die Tagesordnung: eine breite öffentliche polnisch-
1657 deutsche Debatte über die **Entwicklungslinien für eine gemeinsame Region an Oder und Neiße** in
1658 den nächsten zehn bis 20 Jahren. Dabei sollte es um gemeinsame Ziele und Schritte für die
1659 Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Umstrukturierung
1660 der Energiepolitik, für den grenzüberschreitenden Tourismus und die gemeinsame Erschließung der
1661 kulturellen und natürlichen Potenziale der Region, um Kooperation in Bildung und Ausbildung sowie in
1662 der Arbeitsmarktpolitik gehen. Das Einzugsgebiet der Oder in einen wirtschaftlichen, kulturellen und
1663 ökologischen Innovationsraum zu verwandeln, das ist unsere Vision.

1664

1665 Der Flughafen Berlin-Brandenburg International Willy Brandt in Schönefeld (**BER**) bildet ein markantes
1666 Beispiel, welches hohe Anforderungen an ein erfolgreiches Management solcher gemeinsamer
1667 Großprojekte gestellt sind. Gleichzeitig zeigt er auch, welche wirtschaftlichen Potenziale durch die
1668 Kooperation beider Länder aktiviert werden können. Es ist im Interesse aller, dass die gewaltigen
1669 öffentlichen Investitionen an diesem Standort ihren Zweck erfüllen.

1670 Ein solider Flughafenbetrieb setzt voraus, dass der bestmögliche Schutz vor Fluglärm gewährleistet wird
1671 - dadurch, dass der planfestgestellte bauliche Schallschutz gewährleistet wird, und durch eine längere
1672 Nachtruhe. Der Landtag hat sich das erfolgreiche Volksbegehren für mehr Nachtruhe am BER zu eigen
1673 gemacht, im Verhältnis zu den anderen Gesellschaftern - dem Land Berlin und dem Bund - beißen wir
1674 damit aber bislang auf Granit. Das ändert jedoch nichts daran, dass das Land, auf dessen Territorium
1675 der Flughafen liegt, die Belange der Anwohner in besonderer Weise vertritt und von ihren Partnern
1676 deutliches Entgegenkommen verlangen darf. Wenn es in Berlin zu einer neuerlichen Volksinitiative
1677 gegen Lärmbelästigung durch den BER kommt, kann das dem Berliner Senat seine Verantwortung
1678 deutlich vor Augen führen.

1679 Was die Inbetriebnahme des BER anbelangt, so nutzen Symbolhandlungen wie eine "Teileröffnung"
1680 wenig und versuchen nur zusätzliche Kosten. Der Flughafen als Ganzes muss jetzt schnell ans Netz - mit
1681 gutem Schallschutz, mehr Nachtruhe und begrenzten Kosten. Die Finanzierung darf nicht zu Lasten
1682 anderer Politikfelder in Brandenburg erfolgen.

1683

1684 Solidarität ist ein Wert, den wir nicht nur Brandenburg gegenüber einfordern oder innerhalb unseres
1685 Landes durchsetzen wollen. **Entwicklungspolitik** ist in der Verantwortung der LINKEN in Brandenburg
1686 wieder zu einem wichtigen Anliegen der Landesregierung geworden. Die Entwicklungspolitischen
1687 Leitlinien wurden komplett überarbeitet; sie entwickeln nun aus dem Prinzip der Nachhaltigkeit einen
1688 zeitgemäßen und vor allem funktionierenden Ansatz für Planung und Kommunikation. Auf dieser Basis
1689 wollen wir weiter arbeiten.

1690 Die Möglichkeiten unseres Landes sind dabei beschränkt - aber es gibt auch für ein Land wie
1691 Brandenburg Handlungsfelder, die energisch erschlossen werden müssen. Das betrifft die

1692 Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, die (interregionale wie bi- und multilaterale)
1693 wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit, Klimaschutz und Energiefragen im Kontext sozial-
1694 ökologischer Entwicklungspfade, eine solidarische, menschenwürdige und menschenrechts-konforme
1695 Migrationspolitik, die Förderung von Multikulturalität und interkultureller Kompetenz.

1696

1697 Brandenburg liegt im Herzen Europas - seine Geschicke und die Geschicke Europas waren in der
1698 Geschichte und sind in Gegenwart wie Zukunft eng miteinander verwoben. Wir wollen die Lehren aus
1699 den düsteren Kapiteln beherzigen und die Chancen, die in der Gemeinsamkeit von heute liegen, im
1700 Interesse der Menschen nutzen. Das Voranschreiten der Europäischen Integration wirft die Frage nach
1701 der Neujustierung von Kompetenzen zwischen EU-Ebene, Nationalstaaten und
1702 Regionen/Bundesländern sowie nach den sozialen und demokratischen Werten auf, auf denen dies
1703 basieren soll. Wir gehen davon aus, dass die Neuverteilung von Kompetenzen keine Einbahnstraße ist.
1704 Wir stellen uns dieser Diskussion.

1705 DIE LINKE steht für eine aktive **Europa-Politik**. Wir wollen, dass Brandenburg, seine Kommunen und die
1706 Bürgerinnen und Bürger ihre Positionen, Interessen, Probleme wie Ideen in die Brüsseler und
1707 Straßburger Foren einbringen. Der Landtag muss seine Beteiligungsmöglichkeiten bei regionalpolitisch
1708 relevanten Vorschlägen und Entscheidungen der Europäischen Union verstärkt nutzen und bereits in
1709 einem frühen Stadium an EU-Gesetzgebungsvorhaben mitwirken.

1710 Aber es geht um mehr - um eine aktive Europäische Zivilgesellschaft. Wir wollen deswegen die
1711 Informations-, Öffentlichkeits- und Projektarbeit zu den allgemeinen Abläufen und Arbeitsweisen in der
1712 EU, zu konkreten Politiken und damit verbundenen linken Projekten verstärken. Die europäischen
1713 Jugendaustausch- und Freiwilligenprogramme geben wie Schul- oder Projekt-Partnerschaften wichtige
1714 Impulse für das Zusammenwachsen der europäischen Zivilgesellschaft sowie der Union und ihrer
1715 Regionen von unten.

1716 Insbesondere die Möglichkeiten der Kommunen und Regionen in dem Mehrebenen-Gefüge der
1717 Europäischen Union müssen mehr ins Zentrum der Wahrnehmung rücken. Europäische Bürgerinitiativen
1718 - ein Element direkter Demokratie in der EU - wollen wir verstärkt nutzen. Sie können zur Verteidigung
1719 bzw. Rückeroberung von Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge aus dem Bereich der
1720 profitorientierten Binnenmarktregeln. Wir wenden uns gegen alle Projekte, die mit Rückschritten in
1721 Bezug auf soziale, arbeitsmarktpolitische, gewerkschaftliche oder ökologische Errungenschaften oder
1722 mit Beschränkungen von Freiheitsrechten verbunden sind.

1723 Die EU darf nicht nur eine Wirtschaftsunion bleiben, an die erste Stelle muss die soziale Dimension
1724 rücken. Nur durch DIE LINKE in Brandenburg wurde es 2012/13 möglich, dass dies auf die Agenda der
1725 Europaministerkonferenz (EMK) der deutschen Länder rückte. Wir halten an diesem Anliegen fest. Wir
1726 fordern weitere Schritte wie die Einführung eines europaweiten, landesspezifischen Mindestlohnes und
1727 letztlich, neben der Wirtschafts- und Handelsunion, eine Sozialunion.

1728

1729

1730 //Dialog-Aufruf//

1731

1732

1733

1734 ***Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger -***

1735 bis zur Landtagswahl am 14. September 2014 ist noch etwas Zeit. Zeit genug, sich über das zu
1736 verständigen, was Brandenburg in den letzten Jahren erreicht hat, welche Aufgaben unerledigt blieben,
1737 welche Herausforderungen neu entstanden sind oder neues Gewicht erlangt haben. Und vor allem auch
1738 Zeit, um zu klären, auf welche Weise, mit welchen Ideen wir das Leben in unserem Land für alle
1739 verbessern können und wollen.

1740 Unser Wahlprogramm-Entwurf ist eine Antwort darauf. Sie wird umso besser und tragfähiger ausfallen,
1741 je mehr wir in den kommenden Wochen darüber ins Gespräch kommen. Das ist uns sehr wichtig! Wir
1742 werden auf sie zukommen, wir werden Podien schaffen, den Dialog suchen. Lassen Sie uns gemeinsam
1743 ein Programm schreiben, das nicht nur die Überschrift "100 % sozial" verdient, sondern unser Land
1744 diesem Anspruch ein gutes Stück näher bringt!

1745

1746 DIE LINKE, Landesverband Brandenburg

1747

1749 **Fahrplan Landtagswahlprogramm**

Termin	Veranstaltung
08.03.2014	LV <i>Verabschiedung des 1. Entwurfs des Landtagswahlprogramms zur Diskussion in der Landespartei</i>
14.-16.03.2014	Wahlprogrammwerkstatt (Jugendbildungszentrum Blossin) <i>Diskussion des Entwurfs in Workshops</i>
21. und 22.03.2014	Klausur LV (Rheinsberg) <i>Auswertung der Ergebnisse der Wahlprogrammwerkstatt</i>
26.03.2014	Regionalkonferenz PM, P, BRB, HVL, TF (Gemeindezentrum Stahnsdorf, Annastraße 3, 14532 Stahnsdorf) <i>Diskussion Entwurf des Landtagswahlprogramms</i>
28.03.2014	Regionalkonferenz PR, OHV, OPR, BAR, UM (Zur alten Mälzerei, Meyenburger Tor 5, 16928 Pritzwalk) <i>Diskussion Entwurf des Landtagswahlprogramms</i>
31.03.2014	Regionalkonferenz Lausitz, OSL, LDS, EE (Cottbus, Ramada blu Hotel, Vetschauer Straße 12, 03048 Cottbus) <i>Diskussion Entwurf des Landtagswahlprogramms</i>
04.04.2014	Regionalkonferenz MOL, LOS, FFO (Gründerhaus im STIC, Gebäude T 6, Garzauer Chaussee 1a, 15344 Strausberg) <i>Diskussion Entwurf des Landtagswahlprogramms</i>
05.04.2014	LV <i>Auswertung der Ergebnisse der Regionalkonferenzen</i>
29.04.2014	Beratung des GLV mit den Kreisvorsitzenden <i>Beratung über Zwischenstand der Diskussion zum Wahlprogramm</i>
17.05.2014	LV + LA <i>Verabschiedung des Entwurfs des Wahlprogramms als Antrag an den Landesparteitag</i>
21.06.2014	LV <i>Sichtung und Diskussion von Änderungsanträgen zum Wahlprogramm</i> Beratung des GLV mit den SprecherInnen der Zusammenschlüsse <i>Beratung zu weiteren Änderungswünschen am Wahlprogramm</i>
05.07.2014	2. Tagung 4. Landesparteitag Cottbus <i>Beschluss des Landtagswahlprogramms</i>